

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 20. September 1932
A 14. Jahrgang Nr. 221

Rüfen
zur Kundgebung
vom 2.-9. Oktober

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 80, Fern-
sprecher 480 89. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 80 (Borden-
haus). Fernsprecher 430 02. Erscheinung der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsband: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 80. Fernsprecher 480 89.

Kreis-Schuloffizier und acht Reichsbannerkameraden stoßen zur roten Klassenfront / Siehe 2. Seite

Meyer Kauffmann-Belegschaft greift an!

Seit Montag in passiver Resistenz gegen Notverordnungs-Lohnabbau / Sieben Mark Wochenlohn, abzüglich zwei Mark Strafe für Textilarbeiterin / Greift jetzt zu der scharfen Waffe des Streiks / Alle Textilbetriebe folgen dem Beispiel der Meyer Kauffmann-Belegschaft!

Entfacht Einheitsfrontaktion in allen Betrieben!

Langenbielau, 20. September. Die Papensche Notverordnung, die den Unternehmern Riesengewinne bringt, wird natürlich von diesen so rasch wie möglich ausgeüht, um in den Besitz der Ertragsgewinne zu kommen. Am Sonnabend wurde den Arbeitern der Firma Meyer Kauffmann durch Anschlag bekanntgegeben, daß die Firma auf Grund der Notverordnung berechtigt sei, die Löhne um 2/10 Prozent abzubauen, da die Belegschaft im Durchschnitt um 42 Mann erhöht worden ist. Doch diesmal sollten sich die Textilarbeiterinnen verrechnen haben. Ein Schrei der Empörung ging durch den ganzen Betrieb. Am Montag früh trat die Belegschaft geschlossen in passiver Resistenz.

Sämtliche Maschinen standen; nicht ein einziger war, der eine Hand rührte. Darauf brachte die Firma einen anderen Anschlag heraus, der lautete, daß bis zur 30. Arbeitsstunde der alte Lohn weitergezahlt wird, jedoch von der 31. bis zur 40. Stunde ein Abzug von 10 Prozent durchgeführt werde. Die Belegschaft lehnte natürlich auch dieses Ansuchen entschieden ab, und verharrete weiter im Kampf.

Dies ist der erste Angriff der Textilarbeiterinnen auf die Hungerlöhne der Textilarbeiter auf Grund der Notverordnung. Diese müssen nun den Schlag parieren! Gelingt es den Unternehmern, diesen ersten Angriff durchzuführen, dann werden in Kürze weitere brutale Lohnabbaumaßnahmen folgen. Die Entschlossenheit der Meyer Kauffmann-Belegschaft widerlegt das reformistische Geschwafel, daß die Arbeiter garrnicht kämpfen wollen. Die Zeit ist günstig. Denn gerade jetzt ist das entschlossene Auftreten der Belegschaft den Meyer-Kauffmann-Gewaltigen äußerst unangenehm, da größere Aufträge vorliegen.

Deswegen nicht mehr zurückweichen, sondern den Kampf steigern, die Streikvorbereitungen endgültig treffen, sofort einen Kampfausschuss wählen! Die elenden Löhne dürfen auf keinen Fall mehr gekürzt werden. Denn jetzt schon führen die Textilarbeiter ein wahres Hungerdasein. Welche Formen die Untreibung und die miserable Entlohnung der Textilarbeiter annimmt, zeigt ein Beispiel aus der Spinnerei. Hier war eine Fleckerin, die erst gelernt hatte und auf Grund dessen ihren Stundenlohn erhielt. Nun mußte sie aber Akkordarbeit verrichten, und sie bekam vorige Woche sage und schreibe den Hundelohn von 7 Mark.

Sieben Mark für eine ganze Woche schwere Arbeit! Nun kommt aber noch etwas dazu, was jedem Uneingeweihten ungläublich erscheinen mag, von diesen 7 Mark wurden noch 2 Mark Strafe abgezogen. Höher kann die Strapazierbarkeit der Unternehmer wohl kaum gehen. Ueberhaupt ist bei den Fleckern und in der gesamten Spinnerei das Abziehen von Strafgebühren an der Tagesordnung. 1 Mark bis 1,50 Mark ist fast keine Seltenheit mehr. Hier tut sich insbesondere der Meister Felber hervor. Dieser will anscheinend schon etwas Anschauungsunterricht vom Dritten Reiche den Spinnern beibringen. Wegen dieser schändlichen Maßnahmen müssen sich die Spinnerinnen energisch zur Wehr setzen. Das Strafsystem muß fallen. Dieser Lohnkampf ist mit der Forderung auf sofortige Beseitigung der Strafgebühren zu verbinden. Die Spinnerinnen, die die ganze Woche an ihren Maschinen schufteten, auf das größte anzudeuten werden, ihre Knochen ruinieren, dürfen auf keinen Fall dulden, daß ihnen zum Dank dafür von ihren Hungerpennigen noch Strafgebühren abgezogen werden.

haben jetzt die beste Gelegenheit, ihre Fehler gutzumachen und die Belegschaft in den Kampf zu führen. Das Streiks erfolgreich geführt werden können, das haben die Kämpfe der Metallarbeiter in Wunzlau und Schweidnitz gezeigt, die durch entschlossenes Auftreten den neuen Lohnraub abwehrten. Dies müssen auch die Textilarbeiter tun. Steht nicht zurück hinter euren Klassenbrüdern! Stellt so die sofortige Verbindung mit den Erwerbslosen her. Diese stehen auf eurer Seite. Keiner wird Streikbrecherarbeit leisten. Die Parole muß jetzt lauten: Textilarbeiter, greift an!

Arbeiter demonstrieren gegen Sondergerichtsjustiz

Berlin, 20. September. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend kam es in mehreren Stadtteilen Berlins zu starken Arbeiterdemonstrationen. In der Brunnenstraße, in der Landberger- und Lichtenberger Straße demonstrierten große Arbeiterzüge. Die Arbeiter brachen in Niederrufe gegen die Sondergerichte aus und forderten vor allem die Freilassung der mit Todesstrafe bedrohten Antifaschisten. Die Demonstrationen konnten überall ungehindert durchgeführt werden. Die Polizei erschien erst nach Auflösung der Demonstrationen.

Für die Ermordung von 2 Reichsbannerkameraden 2 Jahre Gefängnis als Höchststrafe

Niel, 20. September. (Eig. Drahtber.) Nach fünfjähriger Verhandlung fällt das Sondergericht gestern ein unerhört milbes Urteil gegen die SA-Banden von Ederförde, die am 10. Juli das Gewerkschaftshaus in Ederförde gestürmt hatten. Der Hauptangeklagte erhielt zwei Jahre Gefängnis, ein anderer ein Jahr zwei Monate Gefängnis, 20 Nazis kamen mit Gefängnisstrafen von drei Monaten bis einem Jahr davon. Sechs Nazis wurden freigesprochen. Bekanntlich waren bei dem SA-Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Ederförde zwei Reichsbanner-Arbeiter von den braunen Mordbanden erschlagen worden. Trotzdem kam das Sondergericht zu diesem unerhört milden Urteil, das praktisch ein Freispruch für die SA-Banden bedeutet. Besonders empörend ist es, daß vier Reichsbannerarbeiter, die nur durch einen Zufall vor dem Erschlagen durch Nazis entgangen waren und die sich gegen die ankommenden SA-Banden gewehrt hatten, verurteilt wurden; sie erhielten drei bis fünf Monate Gefängnis.

Die Nazimörder bekommen lächerlich geringe Gefängnisstrafen, obwohl zwei Reichsbannerarbeiter getötet wurden; dagegen revolutionäre Arbeiter, die sich gegen den Terror der Faschisten wehren, werden zu längeren Zuchthausstrafen verurteilt. Gestern hat vor dem Berliner Sondergericht ein Prozeß gegen neun angeklagte Antifaschisten begonnen. Die Anklage gegen fünf Arbeiter lautet auf Totschlag. Die Prozes der Sondergerichtsjustiz gegen Antifaschisten läßt vermuten, daß man hier Todesurteile auszusprechen gedenkt. Während die sozialdemokratische Presse seinerzeit die Notverordnung der Papen-Regierung auf Einführung von Sondergerichten begrüßt, haben wir Kommunisten der Arbeiterklasse unumwunden erklärt, daß für diese in härtester Weise gegen die antisozialistische

Gemeindeausschuß des Landtages für kommunale Neuwahlen

Berlin, 19. September. Der Gemeindeausschuß des Preussischen Landtages nahm in seiner gestrigen Sitzung zu dem kommunalistischen Antrag Stellung, die Gemeindevertretungen, Freistage und Provinziallandtage neu zu wählen. Auch die Nazis haben einen Antrag auf Neuwahlen eingebracht. Beschlossen wurde, die Neuwahlen mit den Reichstagswahlen zugleich stattfinden zu lassen. Ferner wurde jene Bestimmung aufgehoben, die das Kommunalwahlrecht an einen sechsmonatlichen Wohnsitz in der Gemeinde bindet. Jeder Deutsche, der am 1. November in der Gemeinde wohnt, soll das Wahlrecht haben. In dem angenommenen Gesetz wird der Zusammentritt der neugewählten Vertretungen unmittelbar nach Ablauf der Einspruchsfrist zwingend vorgeschrieben und festgesetzt, daß die alten Vertretungen mit dem gleichen Tage zu bestehen aufhören. Die Deutschnationalen enthielten sich der Stimme, sprachen sich aber gegen die Aufhebung der Wohnsitzklausel aus. Das Zentrum wandte sich gegen eine Neuwahl und die Sozialdemokraten schwiegen heldenhaft. Der Landtag nimmt am Mittwoch zu den Gesetzen Stellung.

Ausnahmezustand auch während der Wahlkampagne angedroht

Berlin, 20. September. (Eig. Drahtber.) Wie das Regierungsorgan, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, heute früh mitteilt, wird noch heute ein Wahlausruf der Papen-Regierung veröffentlicht, nach dem Hindenburg den 6. November als Wahltermin bekräftigt hat. Die Papen-Regierung wird zu einer „Hindenburgfront“ aller Parteien und Verbände aufrufen, die für die Papen-Politik eintreten. Außerdem wird der Aufruf einen erneuten Hinweis enthalten, daß die Wahl nur durchgeführt werde, wenn „Ordnung und Ruhe gesichert“ seien. Das ist eine erneute Androhung eines „Burgfriedens“ während der Wahlkampagne. Inzwischen bereitet die Papen-Regierung eifrig die Verwaltungs- und Verfassungsreform vor.

Kämpfer auswirken wird. Mit Hilfe dieser Justiz sind Tuhende sozialdemokratischer und Reichsbanner-Kameraden in die Gefängnisse und Zuchthäuser gesteckt worden. Die nachstehende Statistik von einer Woche, vom 6. bis 13. September 1932, liefert allen Werttätigen den Beweis dafür, daß der Kampf für die Auslösung der Sondergerichte hundertfach verstärkt werden müsse. Durch gewaltige Protestaktionen, durch die antifaschistische Aktion in den Betrieben und auf den Stempelstellen muß es uns gelingen, unsere verhafteten Klassen-genossen aus den Zwingburgen der kapitalistischen Republik zu befreien.

Sondergerichtsjustiz

gegen Links: 29 Prozesse mit 142 Angeklagten (davon 44 Reichsbannerleute) zu 15 Jahre 7 Monate Zuchthaus 69 Jahre 4 Monate Gefängnis 85 Km. Geldstrafe 35 Freisprüche.
gegen Rechts: 9 Prozesse mit 13 Angeklagten zu 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus 10 Jahre 6 Monate Gefängnis 90 Km. Geldstrafe 2 Freisprüche.
Die antifaschistische Bevölkerung muß gleichfalls praktische Solidarität mit den eingekerkerten Klassengenossen üben; sie muß dies durch den Beitritt zur Roten Hilfe bekunden. Die Rote Hilfe ist die einzige überparteiliche Solidaritätsorganisation gegen Klassenjustiz und harter Klassenpolitik.

Kapitalistisches Recht auch auf dem Arbeitsgericht

1500 Eisenbahnarbeiter entlassen — 700 Kollegen klagen — Expressermethoden der Reichsbahn bezeichnet Arbeitsgericht nur als Verstoß gegen die guten Sitten! — Schändliche Rolle des Gewerkschaftsvertreters — Eisenbahnkollegen! Nur die Einheitsfrontaktion in den Betrieben kann die Massenentlassungen und Lohnabbau verhindern!

Breslau, 20. September. Die Reichsbahndirektion Breslau hat am 20. September 1500 Arbeiter entlassen, und zwei Stammarbeiter, die nicht ohne weiteres zu kündigen sind. Deshalb sah man den Arbeitern vorher einen Reviers zu unterbreiten, in dem sie erklarten, einverstanden damit zu sein, fortan nicht mehr als Stammarbeiter, sondern als Zeitarbeiter zu arbeiten. Ein Arbeiter, der im Gegensatz zum Stammarbeiter nicht die arbeitslosen Rechte gegenüber der Reichsbahn geltend machen kann, kann auch jederzeit entlassen werden. Die Arbeiter weigerten sich, diesen Reviers zu unterschreiben, weil sie die Verantwortlichkeit ihrer Teilnahme an der zwanzigjährigen Dienstzeit bei der Reichsbahn nicht ohne weiteres verlieren wollten. Daraufhin wurden sie fristlos entlassen. Von den 1500, die entlassen worden sind, haben gegen die Reichsbahn 700 Arbeiter Klage bei dem Arbeitsgericht erhoben. Um diese unannehmbare Folge von Prozessen zu vereinfachen, hat man drei aus dieser Menge herausgerufen und zu „Muster“-Prozessen, nach denen die anderen entschieden werden sollen, ernannt. Die Arbeiter Weiert, Schaller und Wegel sind die Klagen gegen die Reichsbahn.

Die Reichsbahn war durch einen Graf Lambsdorff sowie den Reichsbahnberater Dr. Scherl und noch einige „hohe“ Beamte vertreten. Zur Verhandlung wurden eigentlich drei Fragen:

- 1. Sind die erzwungenen Dienste zulässig?
- 2. Bestand die Notwendigkeit für die Entlassungen?
- 3. Bestand ein besonderer Grund, gerade diese Arbeiter zu entlassen?

Dazu führte der Gewerkschaftsvertreter aus: Durch die rigorose Forderung der Reichsbahn, entweder unterschreiben oder sofortige Entlassung, mit dem Vermerk in den Papieren: „Wegen Arbeitsverweigerung“, wurde auf die Reichsbahnarbeiter ein so ungeheurer moralischer Druck ausgeübt, daß dieses Vorgehen ein Expressermethoden der Reichsbahn schlimmster Sorte darstellt. Die Entlassungen wurden auch dem Betriebsrat nicht mitgeteilt. Das Betriebsratsgesetz und alle seine Bestimmungen sind von der Reichsbahn über den Kopf hinweg worden. Auf der einen Seite 1500 Entlassungen, auf der anderen Seite 2000 Neueinstellungen als Zeitarbeiter ohne Rechte. Die Reichsbahn hat eine ganz große Anzahl von Aufträgen an Privatunternehmen vergeben. Außerdem hat auch die Regierung der Reichsbahn Gelder zur Verfügung gestellt.

Es wurde im Verlauf der Verhandlung von dem Gewerkschaftsvertreter festgestellt, daß teilweise mit 90 Stunden die Woche gearbeitet werden ist. Er stellte sich auf den Standpunkt, man müsse die Arbeitszeit verkürzen, dann wären die Entlassungen nicht vorgenommen worden. Hier erkennen wir das alte Rezept der SPD. und des ADGB, wieder: das Recht der Gewerkschaften, welches die Lohn- und Gehaltsforderungen in einer Notverordnung präzisieren, — die 40-Stundenwoche. Von Lohnausgleich war auch vor dem Arbeitsgericht von den Gewerkschaftsvertretern kein Wort zu hören. Die Vertreter der Reichsbahn brachten gegenüber diesen Lohnforderungen schwere Klagen vor über die finanzielle Katastrophe, die in der Reichsbahn ausgebrochen sei; die Reichsbahn liege vor dem Bankrott, die Unternehmerrarbeit sei nur gemacht worden, wenn es um Spezialarbeiten ginge (Wozu hat die Reichsbahn selbst Spezialarbeiter?), die Gelder der Reichsregierung seien zur Behebung der Katastrophe erschöpft worden. Zeit wann dient denn Lohnzahlung nicht zur Behebung der Katastrophe?

Auf die Frage, warum man denn 90 Stunden die Woche arbeiten läßt, erklärte der Vertreter der Reichsbahn: „Die Arbeiter würden es schwer fühlen, wenn man die Arbeitszeit verkürzen würde, da der Lohnausgleich recht betrüblich ist“. Wenn wir überlegen, daß die Arbeiter 90 Stunden arbeiten müssen, um einen Lohn zu erhalten, mit dem sie und ihre Familie kaum auskommen können, wie schlecht muß der Lohn bei gewöhnlicher Arbeitszeit sein. Bei diesem Prozeß sprach man auch vom Bahnschutz, der be-

nächtigt falschlichen Organisation, die später einmal den Abtransport von Munition und Kriegsmaterial sichern soll, und es wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, daß für diesen Bahnschutz eine freigewerkschaftlichen Arbeiter, sondern Arbeiter nationaler, faschistischer Verbände, oder wie sich die Reichsbahn ausdrückt, „gedienter Leute“ verwendet werden. Der Vertreter der Gewerkschaften bedauerte, daß für den falschlichen Bahnschutz nicht Gewerkschaftler verwendet werden!

Das Ergebnis der Verhandlung war ein Beweis dafür, daß sich die Kapitalisten und Gerichte des kapitalistischen Staates keinen Cent um die „verbrieften“ Grundrechte der Arbeiter kümmern, daß man die im erdritten Kampf gegen das kapitalistische Regime errungenen Rechte, die im Betriebsratsgesetz verankert sind, beiseite wirft, wenn es den Interessen des Unternehmers, in diesem Falle der Reichsbahn, dienlich ist. Den brutalen Bruch des Tarifrechts, die gemeine Expressermethoden durch die Kewersforderung, nennt das Arbeitsgericht jetzt Verstoß gegen gute Sitten! Mehr als diese Worte hat das Arbeitsgericht gegen die Reichsbahn nicht ausgesprochen. Mit diesen Worten ist durchaus nicht gesagt, daß die Reichsbahn nicht weiter Arbeiter entlassen, um ihre Grundrechte zu verletzen und ausbeuten kann, daß nicht weiter die falschlichen Unternehmerrmethoden der Reichsbahn gegenüber der Arbeiterschaft angewandt werden dürfen. Zwei der Klagen werden abgewiesen. Nur bei einem, bei Schaller, wird unbillige Härte angenommen.

Wir wissen, daß das Proletariat seine Rechte nicht vor den Gerichten des kapitalistischen Staates angeprochen bekommt; wir wissen aber auch, daß der Kampf um die Rechte des Arbeiters im Betrieb geführt werden muß. Ein unerbittlicher Kampf, der keine Mittelführer an die Unternehmer, keine Verhandlungen am grünen Tisch kennt, wie sie die Gewerkschaftsführer seit Jahren zum Verrat der Arbeiter mit den Unternehmern durchführen, und dieser Kampf ist der Streik. Der Streik ist die Waffe des Proletariats, mit der es auch den stärksten Feind besiegen kann, wenn die Arbeiter in roter Einheitsfront zusammenstehen.

„Potempa“

ist die neue Broschüre, die die wahren Vorgänge bei der Ermordung des Arbeiters Pietzuch schildert und hinter die Kulissen des deutschen Faschismus leuchtet!

Jeder Werktätige muß sie deshalb lesen und kann sie bei allen Litoblenen erwerben!

50% Lohn- und Gehaltsabbau!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 17. September schreibt in einem Leitartikel:

„Wenn man zunächst das Einkommen der Arbeiter und Angestellten und seine Verwendung überschlägig prüft, so ergibt sich, daß das gesamte reale Arbeitseinkommen dieser Schicht auf etwa 50 Prozent des Standes von 1928 gesunken ist. Die Arbeitslosigkeit betrug im Juni fast 44 Prozent der abhängigen Schichten und nach Umrechnung der Kurzarbeit rund 49 Prozent... Daß die Dinge für die städtische Bevölkerung so liegen, wie hier geschildert, ergibt sich schließlich aus der statistischen Feststellung, daß die industrielle Produktion in diesem Sommer nur noch wenig mehr als 50 Prozent des Höchststandes von 1928 betragen hat.“

Damit bestätigt die „DAZ.“ die Feststellungen der Kommunisten, die bisher immer vom Konjunkturrat bestritten worden sind.

Die Unternehmer gestehen

daß sie den Arbeitern und Angestellten die Hälfte ihres Einkommens bereits genommen haben. Jetzt fordern sie einen neuen ungeheuren Lohnabbau und den Abbau aller sozialen Unterstützungen. Arbeiter, Angestellte, wenn ihr nicht verhungern wollt, so seid ihr nicht nur gezwungen, in geschlossener Front jeden Lohn- und Gehaltsabbau durch Streik abzuwehren; angeichts eurer unbeschreiblichen Not und des bisher durchgeführten riesigen Lohnabbaus stellt überall Lohn- und Gehaltsforderungen!

Hinauf mit Löhnen und Gehältern!

Der Kreis-Schußführer und acht Reichsbannertameraden stoßen zur roten Klassenfront

Acht Reichsbanner-Kameraden treten sofort der kommunistischen Partei bei

Schweidnitz, 19. September. Am Donnerstag, dem 15. September, hat der Kreis-Massenleitung einen Abend ab. Der bisherige Kreis-Schußführer und acht Reichsbannertameraden waren zu diesem Abend mit erschienen. Die Reichsbannerleitung hatte für den nächsten Tag eine Versammlung des KB. im gleichen Lokal einberufen.

Nach einem Bericht des Genossen Klein - Gengenbach, über die Planung der antifaschistischen Aktion, sprach in der Diskussion der Kreis-Schußführer, Kamerad Thamm. Dieser erklärte sich mit den Ausführungen des Genossen K. einverstanden und hob besonders die Aussagen der Reichsbannertameraden auf den Ruf ihrer Führer zum Kampf gewarnt haben, als die herrschende Klasse am 20. Juli diesen falschlichen Staatsstreich in Breslau durchführte; aber alle Hoffnung war vergeblich. Störung und Braun war die Minutenspende über, als der Kampf mit den Arbeitern gegen die falschliche Regierung. Er sprach die Hoffnung aus, daß durch aktive Arbeit viele Reichsbannertameraden für die antifaschistische Aktion gewonnen werden können.

Darauf er bereits seinen Austritt aus dem Reichsbanner erklärt hatte, wurde ihm am Dienstag, dem 13. September, ein Schreiben vorgelegt, worin man ihm mitteilte, daß er wegen antifaschistischer Arbeit ausgeschlossen sei. Kamens auch der übrigen 8 Reichsbannertameraden gab der Kamerad Thamm folgende Erklärung ab:

„Ich trete mit dem heutigen Tage mit meinen Kameraden dem Roten Massenstreik bei, und wir werden alles tun, um durch unsere gemeinsame Arbeit aus dem „schlechten Potsdam“ eine Hochburg der roten Einheitsfront zu machen!“

Die Erklärung wurde von den zahlreich anwesenden Mitgliedern des Roten Massenstreik mit stürmischen Bravorufen beantwortet. Weitere 27 Arbeiter haben sich in die Listen des RME neu eingeschrieben. Die acht Reichsbannertameraden haben sofort ihren Austritt in die kommunistische Partei erklärt.

Die Führer des Reichsbanners, die auch für den falschlichen Arbeitsdienst eintreten, müssen sogar einen Funktionär deshalb aus, weil er wirkliche antifaschistische Arbeit durchführte. Die Höflichkeit und Co. wollen mit Ausschüssen verhindern, daß die Kameraden des

KB. mit allen übrigen Antifaschisten gegen den Faschismus in der Tat kämpfen.

Die zum RME übergetretenen Kameraden wenden sich in dem nachstehenden Aufruf an alle Mitglieder des Reichsbanners und an alle Genossen der Sozialdemokratischen Partei:

An alle Kameraden des Reichsbanners!

An die Genossen der SPD.

Unaufhaltsam schreitet die Verelendung der gesamten Arbeiterklasse vorwärts. Mit schärfster Brutalität führt die Regierung alle Maßnahmen gegen die Arbeiter durch. Millionen Mark werden den Kapitalisten in den Rachen geworfen; uns Arbeitern in den Betrieben, uns, die wir Opfer der kapitalistischen Rationalisierung geworden sind, arbeitslos auf der Straße liegen, wird das geringe Einkommen abgebaut und noch einmal abgebaut! Das Tarifrecht ist zerschlagen! Die faschistischen Mordbuben schlagen Arbeiter nieder, überfallen sie in ihren eigenen Wohnungen. Denkt an Potempa, an Reichenbach usw.!

Auch ihr Kameraden wollt ehrlich den Kampf. Durch Unterstützung auf das Parlament, auf das Volksbegehren wollen die Führer verhindern, daß wir gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern die Einheitsfront schließen und den Kampf gegen Faschismus, Lohn- und Unterstützungsabbau organisieren.

Nicht im Reichstag fällt die Entscheidung, sondern dort, wo Arbeiter stehen, in den Betrieben und auf den

Stempelstellen; dort, wo wir gemeinsame Interessen haben, können und müssen wir die Einheitsfront herstellen. Dies lehnen eure Führer ab unter der faden-scheinigen Begründung, die Kommunisten wollen die Führung an sich reißen. Das ist nicht wahr! Nur derjenige soll die Arbeiter führen, der rückhaltslos für alle Forderungen der Arbeiter eintritt.

Wir haben die Einheitsfront mit den kommunistischen Genossen herstellen wollen. Die Reichsbannerführung hat uns unserer Funktion enthoben und zum Teil aus dem Reichsbanner ausgeschlossen, obwohl wir aktiv in vorderster Reihe standen und nur das Beste für alle Arbeiter wollten.

Wir sollen als Reichsbanner den kapitalistischen Staat schützen, einen Staat, der nichts als Gefängnis, Zuchthaus und Not für uns übrig hat.

Wir alle wollen einen Staat, in dem nicht die Kapitalisten und Faschisten herrschen, sondern wo die Arbeiter freie Menschen sind. Wir wollen den Sozialismus. Deshalb folgt unserem Beispiel; werdet Mitkämpfer in der antifaschistischen Aktion; helft mit am Aufbau der roten Einheitsfront; laßt euch nicht länger zurückhalten; es gilt Kampf und kein Zurückweichen!

Die ausgeschlossenen und ausgetretenen Mitglieder und Funktionäre der Schufu, Ortsgr. Schweidnitz.

Wir begrüßen die neuen Kämpfer in der roten Einheitsfront und fordern alle unsere Genossen auf, die revolutionäre Massenarbeit hundertfach zu verstärken. Geminnt alle Arbeiter für die antifaschistische Aktion, für die Einheitsfrontaktion gegen Faschismus und Lohnraub, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Arbeiterkinder kämpfen gemeinsam mit den jugendlichen und erwachsenen Arbeitern in der antifaschistischen Aktion!

Deutschlands außenpolitische Isolierung

Die englische Denkschrift zum deutschen Aufrüstungsvorstoß

Am Sonntagnachmittag überreichte der englische Botschafter in Berlin im Auftrage des englischen Außenministers dem deutschen Außenminister eine Denkschrift zu den Aufrüstungsforderungen des deutschen Imperialismus.

Die englische Note lehnt den deutschen Aufrüstungsvorstoß mit Entschiedenheit ab und erklärt in dürren Worten, daß an dem Versailleser Diktat nicht gerüttelt werden darf. Von besonderer Bedeutung ist folgender Satz in der Denkschrift der englischen Regierung:

„Deutschland hat unter der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression und der großen Arbeitslosigkeit gelitten und leidet noch darunter. Die anderen Unterzeichner des Versailleser Vertrages haben dieses anerkannt und haben sich infolgedessen bereit erklärt, ihre finanziellen Ansprüche gegen Deutschland zu mildern und sie tatsächlich grundlegend abzuändern. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands muß die Eröffnung einer scharfen Auseinandersetzung auf politischem Gebiete in diesem Augenblick als nicht weise und im Hinblick auf die letzten Deutschland von seinen Gläubigern gewährten Zugeständnisse als besonders ungelegen angesehen werden.“

Dieser Satz enthält deutlich die Drohung wirtschaftlicher Sanktionen.

Im weiteren lehnt die englische Note entschieden den Standpunkt der Papen-Regierung ab, daß durch das Ergebnis der Aufrüstungskonferenz Teil 5 des Versailleser Vertrages hinfällig sei. Vielmehr stellt die englische Regierung fest, daß der Teil 5 des Diktats von Versailles weiter bindend ist. Schließlich verweist die englische Note auf die Abrüstungsges-

konferenz, erklärt, daß England bereits sehr weitgehende Herabsetzungen auf allen Gebieten des Aufrüstungswesens vorgenommen habe und spricht am Schluß davon, daß die Frage des deutschen Aufrüstungsvorstoßes in „freundschaftlichen Verhandlungen“ erledigt werden müsse.

Nach dieser Note der englischen Regierung wird die außenpolitische Isolierung des deutschen Imperialismus noch offener. Der deutsche Aufrüstungsvorstoß bedeutet nicht, wie die Bourgeoisie behauptet, „Freiheit“ für Deutschland, sondern er bringt dem deutschen werktätigen Volk neben neuen Milliardenlasten die erhöhte Gefahr neuer imperialistischer Kriege. Das deutsche Proletariat, das allein den Kampf führt, muß seine Wachsamkeit gegenüber den imperialistischen Aufrüstungsplänen erhöhen.

Entscheidende Tage im englischen Weberstreit

Vor dem Abschluß eines Verratspaktes — Bruderpartei mobilisiert gegen Streikbruchverjud

London, 19. September. Der Massenstreik der englischen Weber geht immer mehr seinem entscheidenden Punkt entgegen. Während die Textilarbeiter geschlossen in der Streikfront verharren, haben die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer und der Unternehmer unter dem Vorbehalt eines Regierungsvertreterers in Manchester sich soweit entwickelt, daß die bürgerliche und sozialdemokratische Presse offen von einer starken Annäherung der Parteien und von einem Erfolg der Konferenz spricht.

Bisher soll, wie die bürgerliche Presse berichtet, auf dem Gebiete der Anerkennung der Kollektivabkommen Uebereinstimmung zwischen den Unternehmern und Gewerkschaftsführern erzielt worden sein. Es ist ganz offensichtlich, daß die Gewerkschaftsführer beabsichtigen, durch ein Ueberrumpelungsmanöver die Streikfront zu zerbrechen und plötzlich zur Arbeitswiederaufnahme aufzufordern. Wie der „Daily Worker“, unser Londoner Bruderorgan mitteilt, haben die Gewerkschaftsbürokraten bereits einem Lohnabbau von 1 Schilling 4 Pence auf 1 Pfund Sterling zugestimmt.

Die kommunistische Partei hat in Erkenntnis der großen Gefahr, die den englischen Webern in dieser kritischen Stunde droht, ihre Tätigkeit gewaltig verstärkt. In einer großen Massenversammlung in Rawtenstall begeisterte der Genosse H. Pollitt die streikenden Weber durch seine Kampfreden. Er führte u. a. aus:

„Dieser Streik muß gewonnen werden. Ich bin ein Weber und auch ein Streiker und ich weiß, wie schrecklich wir in der Vergangenheit gelitten haben. Ich fühle, daß die Zeit gekommen ist, wo wir endlich „Nein!“ sagen müssen zu jeder neuen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Löhne. Man braucht die Arbeiter der Baumwollwebereien nicht zu erinnern an die Bedingungen, unter denen sie all die Jahre arbeiten mußten. In den meisten Betrieben ist es unmöglich gewesen, auch nur das Existenzminimum zu verdienen. Viele von uns sind gezwungen worden, volle 48 Stunden zu arbeiten für einen halben Wochenlohn. Zu all dem hat man uns wiederholt unsere Löhne gekürzt.“

„An uns liegt es, diesen Kampf zu gewinnen. Es ist besser, jetzt zu leiden, um den Sieg zu erringen, als uns immer weiter herabdrücken zu lassen. Wir haben die Unternehmer durch die Massenkraft und durch die Einheit unseres Widerstandes überrascht. Wenn wir diese Einheitsfront aufrecht erhalten, werden wir siegen.“

Die englischen Weber müssen in der Solidaritätsaktion des internationalen Proletariats eine feste Stütze in ihrem Kampf gegen Unternehmer, Regierung und die Verratsmanöver der reformistischen Bürokratie finden. Es geht nicht nur um den Sieg der englischen Weber, in diesem Kampfe entscheiden sich Fragen des internationalen Proletariats. Sammelt in den Betrieben, damit die englischen Weber und Weberinnen nicht Sunagur zu leiden brauchen! Organisiert nach dem Beispiel der englischen Brüder den Widerstand gegen die Lohnrauboffensiven der deutschen Bourgeoisie! Keine Macht ist imstande, die kämpfende Front der Arbeiter zu besiegen. Englands Weber schauen auf euch!

Französisch-polnischer Kriegspakt verlängert

Offene Angriffsklausel gegen die Sowjetunion. — Fieberhafte Kriegsvorbereitungen in allen Teilen der Welt

Paris, 19. September. Zwei Ereignisse, die für die Verschärfung der Weltkriegsgefahr von größter Bedeutung sind, haben sich in den letzten Tagen abgespielt. Das erste war die offizielle Anerkennung der Mandatschüre durch den japanischen Imperialismus und die zweite nicht minder wichtige Frage ist die Erneuerung des französisch-polnischen Militärbündnisses. Dieser letzteren Frage kommt um so größere Bedeutung zu, als der französische Imperialismus in den letzten Wochen und Monaten immer offener und zynischer den japanischen Raubkrieg im Fernen Osten unterstützt.

Die Erneuerung des polnisch-französischen Militärbündnisses ist damit ein unzweifelhafter Beweis der fieberhaften Vorbereitung eines antisowjetischen Angriffs durch Frankreich und seine Vasallenstaaten.

Der Völkerverbund ist entlarvt. Der Vertrag von Versailles tracht in allen Zügen. Das System, daß die Vorherrschaft Frankreichs in Europa gewährleisten will, hat einen harten Stoß erfahren infolge der Aufrüstungsforderungen Deutschlands. Die Kriegskonjunktur entwickelt sich mit einer bedrohlichen Schnelligkeit.

Und in dieser Situation versucht der französische Imperialismus, den Ausbruch der Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion zu beschleunigen. Der polnisch-französische Militärvertrag sieht offen und eindeutig eine militärische Offensive gegen die Sowjetunion vor. Es ist also nicht zufällig, daß die Erneuerung dieses

Vertrages zusammenfällt mit dem Abschluß des Raubvertrages zwischen Japan und seinen mandchurischen Lakaien.

Krieg in China, Verschärfung der Gegensätze zwischen Japan und Amerika, Verschärfung zwischen Frankreich und Deutschland, Verstärkung der Einkreisung der Sowjetunion, das sind einige Ereignisse, die der gesamten werktätigen Bevölkerung das Herannahen eines neuen imperialistischen Weltkrieges ankündigen. Wenige Wochen nach Stattfinden des Amsterdamer Antikriegskongresses bestätigte sich durch die Ereignisse, wie dringend die Verstärkung des revolutionären Antikriegskampfes ist, zu der der Amsterdamer Kongreß aufgerufen hat.

Große Arbeitslosendemonstrationen in England

London, 19. Dezember. Während des Wochenendes kam es in Wirkenhead bei Liverpool zu großen Arbeitslosendemonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei.

Mehr als 30 000 Arbeitslose veranstalteten große Kundgebungen gegen die Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung. Sie marschierten mit roten Fahnen und unter Abhängen der „Internationale“ durch die Straßen.

Da die städtische Polizei nicht imstande war, die Massen zu zerstreuen, mußten Verstärkungen aus Liverpool herangezogen werden.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

43. Fortsetzung.

Shorty sah ihn an. „Weißt du, was das bedeutet?“
„Zawohl, Streik auf dem ganzen Kasten!“
„Wir werden alle von Bord gejagt!“
„Wir stehen Streikposten; wir lassen keine Streikbrecher ran!“
„Sie werden uns mit Bajonetten vertreiben!“ beharrte Shorty.
„Nur in einem Sarg werden sie mich von der Stelle kriegen!“
Der Zweite unterbrach sie: „Well, laß uns zum Schluß kommen. Ich muß bald abhauen!“
Slim ergriff das Wort und fragte, ob jemand weitere Vorschläge habe. Nein. Ob jemand etwas konkretes gegen die vorliegenden Forderungen vorzubringen habe?
Nein.

Hierauf schlug er vor, das Schiffsomitee solle diese Forderungen vorläufig annehmen und sie am folgenden Abend der versammelten Mannschaft zur endgültigen Entscheidung vorlegen. Dieser Antrag wurde widerspruchlos angenommen. Das Schiffsomitee ging auseinander.

XXXIX.

Ein Rettungsboot sichern . . .

Am folgenden Tag waren die Leute dauernd in Diskussion miteinander. Sie kannten zum Teil bereits die Forderungen und die Ausprüche bewegte sich nicht nur um deren Einzelheiten, sondern auch um taktische Fragen des Kampfes selbst.

Wann sollten diese Forderungen übergeben werden? Sollte

man die Abmusterung erst abwarten? Erst sehen, wie es am Lande ausjah? Wie würden Bootsman, Eskimo und Lag sich verhalten? —

Zwischen dem Chief, der Maschinraumwache und Slim wanderten kleine Zettelchen herum. Der Philippino erwies sich als erstklassiger Kurier. Er war es auch, der eine neue Alarmnachricht brachte. Ein zweites Funktelegramm war abgeschickt worden . . . Kapitän und Erster waren informiert über alle gestrigen Vorgänge. Also wieder Spiegel! Wer zum Teufel war das . . .?

Diese Versammlung wurde aufgeteilt. Jede Abteilung ging in ihr Loge zurück und faßte dort ihren Entschluß unter Kontrolle der Mitglieder des Komitees.

Erst nach Mitternacht konnte das Schiffsomitee sich versammeln. Jeder erhielt seine Aufgaben zugewiesen. Dann ging alles auseinander.

Slim hauchte sich in seine Nase, ohne sich auszuziehen. Er ließ die Einzelheiten der Vorbereitungen an sich vorüberziehen. Im stillen überraschte ihn die Sicherheit, mit der er alle seine Maßnahmen getroffen hatte. Dies war seine erste Aktion und doch gab es nichts, das ihm neu war. Plötzlich fiel ihm der Grund ein: Als Bootsman auf der Memphis hatte er auch für Klar-Dee jorgen müssen. Die Vorbereitungen für einen Streik waren kaum etwas anderes als die eines Schiffers für die Reise. — Was für Wetter wird sein? . . . Sind alle Rettungsboote klar? Es kann was passieren! . . .

Es kann was passieren. — Slim horchte. Alles war still. Leise schwang er sich aus der Koje, holte die Scheinwerfer und ging an Deck.

Es war eine schöne, warme Nacht. Zur Reebseite glitten lautlos rotbeleuchtete Fahrzeuge vorüber. Die Utah schob sich glatt durchs Wasser, wie ein Messer durch weiche Butter . . .

Im Schlaf sah der Chief wie ein Baby aus, wie ein riesengroßes Baby. Slim dämpfte das grelle Scheinwerferlicht mit den Fingern und betrachtete seinen Mittschiffskollegen. Ob er mitkämpfen würde, und wie weit? In diesem Augenblick rollte der Kopf des Chiefs auf dem Kissen hin und her. Slim lachte in sich hinein. Also nein? Du willst nicht mitmachen, Chief? Oder hörst dich nur das Licht?

Er weckte ihn . . .

„Chief!“

Der Chief öffnete die Augen und war sofort wach.

„Hallo, Rogers!“

„Chief — wann sollen wir einlaufen?“

„Nach den letzten Berichten 3 Uhr nachmittags.“

„Chief, die Mannschaft wird streiken, ihre Abteilung, die Decksgang und das Bedienungspersonal!“

„Der Zweite hat mir alles gesagt. — Ich konnte kaum einschlafen.“

„Sie werden bei der Sache bleiben, Chief?“

Der Chief schwieg.

Die ganze Nacht schon hatte er an die langen mühseligen Jahre gedacht, die ihm seine Stellung erst gebracht hatten . . . An sein kleines Haus, auf dem noch Hypotheken lasteten, an seine drei Kinder, die er auf die Hochschule schicken wollte, damit es ihnen besser gehe als ihm . . .

„Chief, wissen Sie noch, was Sie mir in Stockholm über Großmüller sagten? — Jetzt ist die Zeit da!“

Noch schwieg der Chief. Dann kam es heraus, was Slim instinktiv erwartet hatte:

„Ihr seid alle jung und ledig. Rogers. Auch der Zweite — ihr habt nichts zu verlieren. Für mich heißt es, mein ganzes Leben ruinieren. — Dazu vielleicht noch Gefängnis wegen des Eides in der Naval-Reserve . . .“

Slims Schweigen war hart.

„Rogers, ich werde euch unterstützen wie ich nur kann! Ich gebe euch hundert Dollars für den Streikfonds, ich gebe euch“ — der Chief senkte seine Stimme — „weiter vertrauliche Berichte . . . Ich möchte nicht offen auftreten, ich kann das nicht . . .“

Slim spielte tiefe Enttäuschung.

„Bon Ihnen, Chief, hatte ich mehr Mut erwartet!“

„Wenn es nur um mein eigenes Leben ginge, Rogers! — Aber meine Frau, meine drei Kinder, meine Schwiegereltern, die alle von mir abhängig sind . . .!“

Slim antwortete bitter:

„Und wir 25 Mann mit unseren Familien? Sind die weniger wert?“

Der Kopf des Chiefs wälzte sich hin und her auf seinem Kissen, wie vorher im Schlaf.

„Im Vertrauen auf Ihre Standhaftigkeit, Chief, sind wir soweit gegangen! Sollen wir jetzt zurückweichen?“

Der Chief biß sich auf die Lippen.

„Chief! Es gibt kein Zurück!“

(Schluß folgt)

Das Los der Blinden im Papen'ichen Wohlfahrtsstaat

Breslau. Wer erinnert sich nicht der Reden unserer „Ebelsten“ und „Besten der Nation“, die ständig betonen, daß wir in einem Wohlfahrtsstaat leben, daß Renten und Unterstufungen nur die Arbeitslosigkeit der Arbeiter untergraben und zur Faulheit anregen. Diese Gesellschaftslehre, die so spricht, findet es aber ganz in der Ordnung, daß Blinden aus den Steuergeldern der Proleten laufende Millionen Mark geschenkt werden, weil sie angeblich unterhaltungsbedürftig sind. Zum nachstehenden ein Beispiel, das dem Dritten Reich der Nazi alle Ehre machen würde.

Eine blinde Frau arbeitet in der Schlesiichen Blindenanstalt, Breslau, Kniebühl, sie webt Schenertücher und erhält pro Meter 5 Pfg. — fünf Pfennige. In der Woche verdient sie 4,77 RM. (vier Mark und siebenundfünfzig Pfennige). Davon soll sie Miete zahlen, (sie wohnt in einem Geertzimmer) sich ernähren und kleiden.

So sieht die „Fürsorge“ im deutschen „Wohlfahrtsstaat“ für die Blinden aus, die das Kostbarste, das Augenlicht, verloren haben.

Die kommunistische Reichstagsfraktion beantragte bereits im vorigen Jahre, der Reichstag wolle 20 Mill. Mark für die Blinden bewilligen, damit diesen Kernsten der Armen eine bescheidene Rente gegeben werden kann. Die Parteien von den Nazi bis zu den

Sozialdemokraten, lehnten diesen Antrag ab, weil angeblich keine Mittel da wären. Man vergleiche damit die Versorgung in der Sowjetunion, wo die Blinden zwei Drittel des Lohnes eines gelübten Arbeiters als Rente bekommen und wenn sie arbeiten, den vollen Lohn eines Arbeiters. Das gibt der bolschewistische Staat, über den alle diejenigen Kreise, die vor lauter Wohlfahrt trüben und sich nicht genug über die bolschewistische „Ankultur“ ergötzen können, täglich in ihrer Lügenpresse herfallen, den man mit Krieg überziehen, ausplündern und dann die westeuropäische „Kultur“ bringen will.

Ihre Blinde, Taubstumme, Lungenleidende, Invaliden, Kriegs- und Arbeitsopfer, kämpft mit dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, e. V. Rat und Auskunft wird erteilt, Breslau, Freiheitstraße 2, I.

Li.Sich wieder in Front

Auch die zweite Septembervorstellung beweist, daß die Direktion den Ruf des Lieblichtheaters, nur Weltstadtprogramme zu bieten, weiter erhalten will.

Die Nummer ist verschwunden und an ihre Stelle ist Bach ge-

treten, der mit launigem Humor jede Nummer anlegt. Auch in seinem eigenen Programmteil ist Bach der Unterhalter. Selten gezeigte Geiztheit auf dem Fahrrad bieten Adam & Sametts. Und den Tierfreunden bietet Sonntag das Tierparadies Hervorragendes. Man wird ja auch so leicht nicht mehr einen dreifürten Koltraben, Warber u. a. sehen. Aus dem Reich Tierforschers stellen sich Nina und Lazarow vor. Harry Nister, der Meister der Mimik, ist zu einem Konzeptionschulzen mit seiner Kunst herabgeunken. Dem Zuge der Zeit folgend glaubt er seine Darstellung durch Typen „nationaler“ Männer wirksamer zu machen. Und als er dann gar noch den „Kameraden“ der Mörder von Potempa bildet, da stößt keine Kunst auf einen großen Widerspruch bei dem Teil der unerfährten Besucher. Die Reveller erleben dauernde Nachahmungen. Die 6 Songs reichen trotz ihrer guten Leistungen nicht mal an die Comedian-Harmonisten heran.

Und dann endlich kommt die große Sensation Fella Siris. Nach einer Erklärung der Wege zu Kraft und Schönheit kommen ihre Tonzuschöpfungen zur Darbietung. Und schon hier gerät sie mit dem „brachvollen“ Brachischen Sittlichkeitslehrer in Konflikt. Deutschland, die freieste Republik der Welt, gestattet ihr nicht mal die Vorführung des Tanzes „Morphonismus“, an dessen Stelle eine allen wachsenden Anforderungen genügende Tonzuschöpfung gestellt wird. Und das ganze Programm beschloßen mit den 6 Willkes waghalsige Leistungen vermischt mit Humor am dreifachen Red, denen die Lieblich-Bochenschau folgt, musikalisch umrahmt von dem bekannten Lieblich-Orchester, unter Leitung von Wehshaupt, kennzeichnet den Grad dieses Programms der zweiten Septembervorstellung.

G

Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Friedland
Konfektionen, Nickerstoffe, Strümpfe und Trikolagen immer billig im **Central-Kaufhaus** 4768 Brauner Straße Nr. 32

Balbans, Schlesiischer Hof (Inhaber E. Ottner Landesbutter Str. 4769) empfiehlt sich den Werktätigen

Café, Bäckerei und Konditorei 4767 Max Bachmann, Brauner Str. 28

Kolonialwaren, Fische, Wild 4761 Konserven, Obst und Gemüse **F. Weider**, Schweidnitzer Str. 6

Sämtliche Molkeerprodukte 4762 empfiehlt **Carl Neugebauer**, Lieblichstr. 2

ff. Fleisch- u. Wurstwaren in Aufschliff **Josef Hermann**, Obersteiner Str. 15 4763

Möbelhaus Fr. Schubert 4764 Obere Steinstraße 2. Teilzahlung gestattet. — Lieferung frei Haus

Kolonialwaren / Tabake 4765 **Eise Joptner**, Untere Steinstraße 8

Kolonial- u. Schnittwarenhaus 4766 **Tabake** Inh. **Martha Stenack**, Heidstr. 18

Burgkeller 4767 Verkehrslokal aller Werktätigen **Alfred Meisel**

Brot- und Feinbäckerei 4768 **Hermann Wagner**, Brauner 5

Schmiedeberg
Kauft im 4778 **Hamburger Zigarrenhaus**

Kolonial-, Rauchwaren, Franz Scholz 4773 Steinfelsen 47, Markt 28

Brot- und Feinbäckerei Walter Petrasch 4774 Liebauer Straße 50

Brot- und Weißbäckerei 4775 **Herbert Schmale**, Liebauer Straße 58

Richard Fehler, Oberstraße 14 4776 Bäckerei — Kolonialwaren

Fleisch- u. Wurstwaren. In Aufschnitt **Ernst Krebs**, Oberstraße 5 4777

A. Reich- und Wurstwaren 4779 **Bier- und Frühstückstabe** **Bernhold Häring**, Hammerstr.

Leschwitz d. Görlitz
E. Sperlich, Lebensmittel 4755 Zittauer Straße 35

M. Model Demischstraße 4 4769 Lebensmittel

G. Schicht, Zittauer Straße 20 4760 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Paul Jäkel, Seidenberger Str. 39 4766 Lebensmittel

Otto Grafe Zittauer Str. 3 4752 Fleisch- und Wurstwaren

Endstation Schweizerhaus Leschwitz empfiehlt seine Lokalitäten **Großer Saal** **Max Lange und Frau** 4753

Görlitz
Hermann Strobach Dresdener Platz 5 46945 Textilwaren — Reste

Wäschehaus Hermann Junge Marienplatz 6, gegenüber dem dicken Turm 46641 Bettwäsche, Tischwäsche, Leibwäsche, Trikolagen u. Wollwaren, Kleider- u. Wäschestoffe, Gardinen

Bruno Bolz 46811 Kakao — Schokoladen — Kaffee — Tee

Fisch- und Feinkostgeschäft **Paul Kultsch**, Genianiplatz 39 46813

G. Zippel, Beantwilerstraße 24 46646 Textilwaren, Arbeiter-Bekleidung

Seifen, Parfümerien, Photo **A. Dieul**, Brautwiesenstr. 30 46642

Papiergeschäft, Schützenstraße 4 46644

W. Kaczmarek, Landekronstr. 42 46647 Bettwäsche, Kleider Blaue Marken

D. Herzmann, Bautzener Str. 51 47663 Weiß-, Brot- u. Feinbäckerei

G. Cenziger, Seilige Grabstraße 73 47127 Fleisch- und Wurstwaren

P. Prüfer, Jacobstraße 40 46640 Gold- und Silberwaren — Uhren

Konsul-Drogerie Konsulstraße 2 47129

Spezial-Bettengeschäft Bettledern-Reinigung **Anna Schlecht**, Brüderstr. 3 46810

Sämereien **Alfred Frenzel Nachf.**, Elisabethstraße 17 46645

H. Baler, Bautzener Straße 4/7 46812 Arbeiterbekleidung Möbel- und Polsterwaren

W. Melzer Hohestraße 11 4720 Fleisch- u. Wurstwaren

Kronen-Apotheke Bismarckstr. 2 46942 Preiswert! Reell! Qualitätswaren!

Reserviert 46807

Sobota Poststraße 11 46806 Textilwaren

Paul Hoffmann Dresdener Platz 12 46647 Wäsche 6% blaue Marken

K. Winkler Löbauer-, Ecke Rauchwälder Str. 46946 Konditorei

5 Prozent Rabatt in Marken **Job. Müller** Neißstraße 17 46643 Lebensmittel

E. Kleinert Prager Str. 8 46941 Lebensmittel

R. Hötig, Breitestr. 22 47128 Fleisch- und Wurstwaren

K. Schubert Leipziger- Ecke Krölstr. 46944 Milch und Lebensmittel

M. Nositz 46943 Reichenbacher Str. 14 Lebensmittel, Milch

Richard Schneider Langen- Ecke Brallastr. 46939 Fleisch- und Wurstwaren

G. Schmiedgen Konfitüren Lebensmittel **Jauernicker Str. 43** 46808

Reserviert 46650

Ernst Seidel, Demianipl. 19-20 47130 Reparatur-Werkstatt Große Auswahl Fahrräder, Nähmaschinen

Destillation / Weinhandlung **F. USEMANN** Weberstraße 10 46649

Theodor Dürsel, Obermarkt 2 46814 Fahrräder und Ersatzteile

Reserviert 47249

F. Elger, Blumenstraße 60 4702 Schleiferei u. Stahlwaren

Braunsburger, Breitestraße 4721 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Reserviert 47248

P. Schröter Rauchwälder Str. 27 47054 Fleisch- und Wurstwaren

W. Kaczmarek Mittelstraße 20 47061 Obst, Gemüse Kolonialwaren

Jauer
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 46970 **Curt Warmuth**, Königstraße 12

Lebensmittel 46969 **Martha Romainczyk**, Altjauer Str. 18 a

Schuhwaren und Fußpflege 46975 **K. Klemke**, Goldbergstr. 32

Richard Wenke 46974 Goldbergstr. 24 Fleisch- und Wurstwaren

Verlangt stets Haselbach- und Klipke-Bier 46966 **Erich Keil**, Kirchstraße 1

Reinhold Köhler 46967 Vorwerkstraße 32 Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Weinhold 46972 Goldbergstr. 10 la Fleisch- und Wurstwaren

Wir kaufen unsere Lebensmittel nur bei 36992 **H. Lanksch**, Königstraße 1 und unsere Milch am Milchwagen **M. Riedel**

Niesky
R. Barthel, Waldstr. 2 47520 Haus- u. Küchengeräte

O. Lorenz 47521 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Hindenburgstraße 20**

O. Jäschke 47522 Brot- u. Weißbäckerei **Hindenburgstr. 8**

W. Mühle 47524 Mittelstraße 1 **Reibschere**

Stern-Drogerie Drogen — Farben — Photo 47523 **Horkaer Straße Nr. 1**

Peisierwitz
Beste Bezugsquelle 47500 **für Lebensmittel ist und bleibt das Kaufhaus Klaus**

Fleisch- und Wurstwaren **Max Ruhnert**, Hauptstraße 90 47499

Reichenbach OL.
Max Horter Markt 16 47132 Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert 47134

Reserviert 47133

Tannhausen
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Bruno Fritsch**, Blumenauer Weg 47008

Schloß-Brauerei 47007 **Tannhausen**

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Wilhelm Holz**, Neuroder Straße 15 47006

Penzig
S. Frankenstein & Co., Wilh.-Str. 35 47131

Gr. Warftenberg
Richard Dittrich, Destillation 47407 Ring 44

Bernstadt
Reserviert A 47509 **Reserviert K** 47508

Hugo Schezuka 47507 Auto- u. Motorrad-Zentrale / Abt. Fahrräder Fernsprecher 188 — An der Breslauer Straße

Harry Schäffer 47506 **Uhrfabrik** **Namslauer Str. 22-23**

Herren- und Knaben-Bekleidung kauft bei 46973 **Otto Schneider**, Königstraße 30

Reserviert 46977

Modehaus **Max Zickel** 46971 Jauer

Deuthen a. Oder, Bez. Liegnitz
Fleischerei und Wurstfabrik 47937 **Richard Kliemt**

Bäckerei Paul Herrmann 47935 Junkernstraße 38

Destillation u. Tabakwaren **Emil Strauß**, Markt 28 47936

Lebensmittel, Tabakwaren kauft man am besten bei 47938 **Otto Schulz**

Kalbau
Markt-Drogerie Photo-Artikel — Parfümerien 46640 **Kinder- und Krankenpflege-Artikel**

Kalbauer Markthalle Kolonialwaren 46388 **Emma Weisser**

Schloßhalle Eigene Erzeugnisse der Gärtnerei und Landwirtschaft 46589

Bäckerei und Konditorei **Richard Lehmann**, Markt 13 46590

Brieg
Fleisch- und Wurstwaren 47280 **Ewald Sojewski**, Jungferstraße 6

Beerdigungs-Institut 47281 **Richard Gottschlich**, Burgstraße 17

Fleisch- und Wurstwaren 47282 **Rudolf Hoffmann**, Wagnerstraße 15

Karl Reimann, Friseur, Aepfelstraße 6 47283 Erwerbslose: Haarschnitten 40 Pfg. Rasieren 10 Pfg.

Obst und Gebäck 47284 **Georg Beler**, Ring 48

Bergmann's Etagegeschäft Damen-, Mädchen- u. Kinderkleidung **Oppelner Straße 24** 47285

Feine Fleisch- und Wurstwaren **Paul Zwierner**, Burgstr. 2 47498

Petersdorf
A. Leisching, Dorfstraße 226 47117 Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel

Gasthof Z. Hoffnung / Tel. 139 Verkehrslokal aller Werktätigen Fremdenzimmer, Autogarage, in der Mittagszeit 47118 **Bruno Schön**

Marklissa
Schnellbeschl. - Anstalt garant. für gute Qualität u. sol. Preise **Helmut Zimmermann** **Baderstr. 200** 46691

Arbeiter deckt eure Rauchwaren im **Zigarrenhaus Schneider** 46690 **Schulstraße 34**

Reserviert

Konradswaldau
Kurt Keil, Dorfstraße 25 47343 Kolonialwaren — Spirituosen — Textil- und Eisenwaren

Die bevorzugten **Rüdiger-Gaststätten** Barbar Str. 32 Brüderstraße 1 bieten jedem das Beste

Die „sozialistischen“ Aktionen der SPD. für den Kapitalismus

Die Empörung der Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen gegen die Lohnkürzung und den Sozialabbau, gegen die sozialreaktionären Maßnahmen des bankrotten kapitalistischen Systems steigt. Die Arbeitermassen, und mit ihnen Millionen Werkstätter, empfinden und erkennen immer mehr, daß ihre Interessen unvereinbar sind mit dem Kapitalismus. Mit der Gegenwehr gegen Lohn- und Unterstützungsstürzung, gegen die Notverordnungen und Unterdrückungsmaßnahmen wächst der Wille des Proletariats, die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzurichten.

Was tut in einer solchen Situation die Sozialdemokratie? Mobilisiert sie die Arbeiter zum Kampf für ihre Tagesforderungen, beantwortet sie Lohnabbaumaßnahmen mit Streik, ruft sie zu Proteststreiks gegen die Notverordnungen, führt sie die Massen so zur Niederwerfung der Bourgeoisie und zum Sozialismus?

Keineswegs! Die SPD. legt nach wie vor ihre Unterstützung des Kapitals fort. Sie sabotiert die Gegenwehr der Arbeiter gegen Lohnkürzung und Sozialabbau. Wächst der Streikwille der Arbeiter, so stimmt sie da und dort einem kleinen Streik zu, um größere zu vermeiden. Statt gegen die Notverordnung zu kämpfen, sucht sie durch Verströmung auf einen Volksentscheid, der vielleicht irgendwann im Jahre 1933 erfolgen könnte, die Arbeiter vom Kampf gegen die Notverordnung abzuhalten.

Die Hauptbetriebe der Sozialdemokratie zur Unterstützung des Kapitals und seiner sozialreaktionären Maßnahmen ist gegenwärtig der Betrug mit der „Sozialisierung“. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat „Sozialisierungs“-Anträge eingebracht, und im letzten Aufruf des SPD.-Vorstandes (vom 12. September) heißt es: „Die Sozialdemokratie ruft zur sozialistischen Offensive... sozialistischer Aufbau einer planmäßig geleiteten Wirtschaft... Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken...“

Es ist jetzt nicht das erste Mal, daß die SPD. „radikal“ plötzlich „für den Sozialismus“ einzutreten behauptet.

Die Sozialdemokratie hat schon mehrfach eine „sozialistische Offensive“ den Arbeitern vorzuspielen versucht.

Wie war das doch Ende des Jahres 1914? Der imperialistische Krieg hatte im August begonnen. Die Totenlisten wurden länger, man sah häufiger zu Krüppeln geschossene Arbeiter und vereinzelt begann mancher sozialdemokratische Proletarier über die Kriegsbegeisterung nachzudenken. Die Bourgeoisie aber brauchte gerade Hurrafröhlichkeit unter den Massen. Dafür sorgte nun die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie, und wie sie das machten, zeigt z. B. die Metallarbeiterzeitung (vom 7. November 1914):

„Eine neue Zeit ist angebrochen. Andere Menschen hat der Krieg in kurzer Zeit aus uns allen gemacht. Dies gilt unterschiedlos für hoch und niedrig, für reich und arm. Solidarität und Hilfeleistung aus unerschütterlicher, bitterer Not, die wir den Arbeitern als unvergängliche Richtschnur eingepreßt und von den Reichen so oft vergeblich gefordert haben, ist über Nacht Gemeingut eines großen, lebensfähigen Volkes geworden. Sozialismus, wohin wir blicken.“

So rechtfertigte die SPD. und Gewerkschaftsbürokratie das imperialistische Verbrechen. So lag sie die kapitalistische Kriegswirtschaft, die den Unternehmern fette Profite und den Arbeitern Kohnhieben und furchtbarste Not brachte, in einen „Sozialismus“ um.

Als 1918/19 die Arbeiter gegen das kapitalistische System rebellierten und die Möglichkeit zum Sturz der Bourgeoisie und zur Errichtung eines sozialistischen Deutschlands gegeben war, da trat die Sozialdemokratie wieder mit ihrem „Sozialisierungs“-Betrug auf den Plan. Sie ließ „Sozialisierungs“-Pläne veröffentlichen, „Sozialisierungs“-Kommissionen wurden eingesetzt und an den Leitbahnen erschienen Plakate „Die Sozialisierung marschiert“, „Die Sozialisierung ist da“. Wieder diente dieser Massenbetrug nichts anderem, als der Rettung des kapitalistischen Systems, das dann mit Hilfe der SPD. von Jahr zu Jahr gestärkt wurde.

Auf dem Rücken der Arbeiter wurde die kapitalistische Rationalisierung, dieses System der schärfsten Auspreßung durchgeführt und wieder gebilligt und unterstützt von der SPD. als — ein Maßnahme in der „Richtung zum Sozialismus“. Hilfe rding präsentierte im Auftrage des Parteivorstandes auf dem Kieler SPD.-Parteitag 1927 seine „Theorie“ vom „organisierten Kapitalismus“, wonach der Kapitalismus (durch die Trusts und Konzerne) einen seiner Hauptwiderprüche, die Planlosigkeit, die Anarchie seiner Produktion überwunden habe und eigentlich schon ein großes Stück Sozialismus sei.

Als sich dann 1929 die ersten Umrisse der jetzigen Wirtschaftskrise anzeigten, erklärte auf dem Magdeburger Parteitag (1929) Dittmann in seinem Bericht:

„Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Übergang zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch, sozial. Man kann nicht sagen: geistern Feudalismus, heute Kapitalismus, morgen Sozialismus... Im Kapitalismus entwickelt sich jetzt der Sozialismus.“

Auf diese Weise wollte die Sozialdemokratie die kapitalistische Politik der Hermann-Müller-Regierung, ihren Lohn- und Sozialabbau, ihre Unterdrückungsmaßnahmen und ihre Panzerkreuzerbauten als „Sozialismus“ den Arbeitern schmackhaft zu machen!

Nachdem die Hermann-Müller-Regierung dem Kapital genügend Dienste geleistet und es noch mehr gekräftigt hatte, erhielt sie den Fußtritt und Brünning kam an ihre Stelle. Eine Notverordnung jagte die andere, und der Gipfelpunkt war die S-48-Verordnung vom 8. Dezember 1931, die insbesondere eine 10- bis 15prozentige Lohnsenkung diktierte. Wieder versuchte die SPD. im Interesse der Kapitalisten und des kapitalistischen Systems die Arbeitermassen vom Kampf gegen die Notverordnung abzuhalten. Und wieder unter schamloser Schändung des Sozialismus. So schrieb das „Hamburger Echo“ vom 10. Dezember 1931:

„Wir stellen fest, daß sich in dieser Notverordnung... mit Ungewalt durchgesetzt hat, was in dem sozialdemokratischen Parteiprogramm... als marginalische Erkenntnis verankert ist.“

Der „Sozialismus“ dieser Notverordnung bestand angeblich darin, daß der „Staat“ die Löhne und Preise und „die Wirtschaft“ regelt. In Wahrheit holte das Kapital mittels seines kapitalistischen Staates, der stets das Organ der herrschenden Klasse ist, noch mehr aus Markt und Knochen heraus, und mit der Notverordnung wurde nicht dem Sozialismus der Weg gebahnt, sondern der Faschismus wurde immer stärker.

Was tun SPD. und ADGB?

Für die 220 000 Textilarbeiter des weisfährischen Tarifgebietes haben Unternehmer und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer eine feile Lohnvereinbarung abgeschlossen. Der Inhalt des Abkommens wird geheim gehalten. Aber triumphierend berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 17. September:

„Uebersehene Positionen sind nach unten revidiert. Es ist von außerordentlicher Bedeutung nicht nur für die unmittelbar Beteiligten, sondern auch für die sächsische Wirtschaft, daß es in einem so wichtigen, großen Industriegebiet erst mäßig zu einer Einigung zwischen den Vertragspartnern, also zu einem echten Lohnzitat gekommen ist. Diese Tatsache ist umso bedeutungsvoller, als die Einigung in die Zeit des neuen Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung fällt und die entsprechenden Auswertungsmöglichkeiten für die Durchführung der Verordnungen zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit gibt.“

So schreibt das Unternehmerblatt. Obwohl die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bis heute den Inhalt des Abkommens geheim halten, konnten sie nicht leugnen, daß sie wieder einmal Möglichkeiten zum Lohnabbau vereinbart haben.

Für die graphischen Hilfsarbeiter ist jetzt vom Schlichter Klammich ein skandalöser Lohnabbau-Schiedspruch gefällt worden, der zudem den bisherigen Reichslohntarif in zahlreiche Bezirkslohntarife zerlegt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben sich schon vor Fällung des Schiedspruches verpflichtet, den Schiedspruch als bindend anzuerkennen.

Für die Textilindustrie der Bezirke Bielefeld, Gütersloh und Herford haben die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern eine Lohnabbau-Vereinbarung abgeschlossen, nach der die

Löhne für die Bezirke Bielefeld und Herford um 3 Prozent, für den Bezirk Gütersloh um 3 1/2 Prozent gesenkt wurden.

SPD.-Arbeiter, Gewerkschaftler! Seid ihr nicht auch der Ansicht, daß diese Taten der Gewerkschaftsführer eine starke Unterstützung der Papen-Regierung darstellen? Wißt ihr jetzt, warum ihr auf einen Volksentscheid im nächsten Jahr vertraut werdet?

Wenn ihr das erkennt, so vereint euch mit uns zum sofortigen Kampf gegen jeden Lohnabbau!

So stürmt der Komjomol!

Drei neue Ortsgruppen des KJVD. gegründet

Beseelt von dem Gedanken, daß in der heutigen Situation alle Jungkommunisten ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Bewegung stellen müssen, daß jeder Einzelne das Höchstmögliche an Aktivität an den Tag zu legen hat, gingen unsere KJVD.-Genossen von Ludwigsdorf und Falkenberg planmäßig an die Bearbeitung einiger Landarbeiter- bzw. Textilarbeiterdörfer. Durch diese intensive Arbeit ist es ihnen nun gelungen, in Hausdorf, Deutengrund und Wüstenwäldersdorf neue Gruppen des KJVD. zu gründen.

Auch diese neuen Genossen sind von einem prächtigen Kampfgeist beseelt und stellen sich sofort konkrete Aufgaben, um die neue Gruppe zu stärken und die Jungarbeiter der betreffenden Ortschaften zu

mobilisieren gegen die Unterdrückungs-, Anhebungs- und Ausbeutungsmaßnahmen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Diese Erfolge unserer Ludwigsdorfer Jugendgenossen müssen für alle anderen Gruppen des KJVD. ein leuchtendes Beispiel sein. Alle Gruppen müssen unverzüglich kurzfristige Pläne aufstellen, jedem Genossen eine bestimmte Aufgabe geben, die er in einer bestimmten Zeit zu erfüllen hat.

Wir fragen in aller Deffentlichkeit die anderen Gruppen: Wollen sie uns solche Berichte schicken, wollen sie sich von diesen Gruppen beschämen lassen, oder wollen sie nicht lieber als Komjomolgen durch die größte Aktivität mithelfen, den Tempoverlust, den wir als Jugendverband haben, zu liquidieren, und wirklich die Jungarbeitermassen in ihrem Kampf gegen die Verelendungs-, Falschifizierungs- und Militarierungsmaßnahmen der Bourgeoisie führen? Wir erwarten, daß die anderen Gruppen in kürzester Frist uns ebenfalls solche Berichte des siegreichen Vorwärtstürmens des schließlichen Komjomols senden.

Lohnerhöhung erkämpft!

Erfolg der Einheitsfront-Aktion im Betrieb

Wie aus Oberhausen gemeldet wird, haben die Rumpelpels der Zeche „Konkordia 2-3“, Nevier 8, einen glänzenden Erfolg erzielt. Die Rumpelpels verdienen dort bei einer geradezu wahnwitzigen Schuferei einen Schichtlohn von nur 7,71 Mark. Da die Arbeit in diesem Revier bei einer Temperatur von 33 Grad verrichtet werden muß, gaben sich die Rumpelpels mit diesem Lohn nicht zufrieden. Sie wurden deshalb mit zwanzig Mann beim Betriebsführer vorstellig und verlangten einen höheren Lohn. Der Betriebsführer erklärte, daß er allein nicht in der Lage sei, den Lohn zu erhöhen. Die Kameraden verlangten die Einziehung eines Vertreteres der Direktion. Derselbe schlug den Rumpelpels 50 Pfennig zu ihrem Lohn vor.

Auf dieses Angebot gingen die Rumpelpels jedoch nicht ein, so daß dasselbe auf 80 Pfennig erhöht wurde. Aber die Rumpelpels verlangten 1 Mark.

Durch das geschlossene Auftreten wurde nicht nur die Mark bewilligt, sondern noch erreicht, daß dieses Geld sofort ausgezahlt wurde.

Die Kameraden bekamen für 23 Schichten nochmals 23 Mark Abschlag, so daß ihre Forderungen durch die Kampfschlossenheit vollständig durchgeführt worden sind.

Auf der Schachtanlage „Kaiserstuhl“ 1 berichtigten die Rumpelpels in einer Rutsche nasse Arbeit. Die Kleidungsstücke waren jeden Tag vollständig durchnäßt. Der rote Betriebsrat wurde sofort bei dem Betriebsführer vorstellig und verlangte, daß die Kameraden für ihre nasse Arbeit eine Extrabergütung erhalten.

Durch das sofortige Eingreifen des roten Betriebsrates sowie des geschlossenen Kampfwillens der Kameraden war die Verwaltung gezwungen, ihnen pro Schicht 50 Pf. Zulage zu geben.

Nazi-Koburg pleite!

Völliger Bankrott der braunen Kommunalpolitik

Der Nazi-Oberbürgermeister von Koburg, Schwede, hat an die bayerische Regierung einen dringenden Hilferuf gerichtet. In diesem Brief heißt es, daß der

Zusammenbruch der Stadt Koburg bevorsteht

Das Defizit des ersten Halbjahres 1932 beträgt bereits 465 000 Mark, es wird in den kommenden Monaten mit einem weiteren Defizit von mindestens 35 000 Mark gerechnet. Geld bekommt die Stadt keins mehr, weil die Kredite bereits ausgegeben sind.

Das ist der völlige Zusammenbruch der Nazipolitik im „Paradies“ Koburg. Trotzdem die Nazi-Stadtverwaltung die Wohlfahrtsausgaben rigoros gesenkt hat, trotzdem sie alle Ausgaben für soziale Fürsorge fast gestrichen hat, erfolgt der Zusammenbruch. Erst vor wenigen Tagen hat die Stadtverwaltung die Löhne des städtischen Arbeitslagers von 61 Pfennig pro Stunde für Ledige auf 40 Pfennig, für Verheiratete über 25 Jahre auf 51 Pfennig, und für Verheiratete unter 25 Jahren auf 48 Pfennig gesenkt. Das ist ein

Lohn- und Unterstützungsraub von 20 bis 35 Prozent!

Der Nazi-Oberbürgermeister Schwede hat den Wohlfahrtsverwerbslosen, die keine Miete für ihre Baracken mehr zahlen können, die Exmittlerung angedroht. Die Umsätze der städtischen Werke sind auf ein Minimum geschwunden! Das sind die Folgen der arbeiterfeindlichen Nazipolitik. Der Zusammenbruch Koburgs ist ein Vorbild dafür, wie es im Dritten Reich einmal aussehen wird.

Werktätige Nazianhänger, zieht daraus die Lehren! Schluß mit den Volksfeinden vom Hakenkreuz! Her zur antifaschistischen Kampffront gegen Kapitalsdiktatur und für den Sozialismus!

Alle „sozialistischen“ Aktionen der SPD. waren nichts anderes als — unter der heuchlerischen Maske des Sozialismus — der Betrug der Arbeiter, die Unterstützung der Aktionen des Kapitals.

So sind auch jetzt die „sozialistische Offensive“ Weis, der „konstruktive Gegenwartssozialismus“ von Aufhäuser, die „Sozialisierungs“-anträge der SPD.-Reichstagsfraktion ganz gewöhnlicher Schwindel, genau wie der „sozialistische Freiheitskampf“ Sitters ein schamloser Schwindel ist.

Die einzige Partei, die für den Sozialismus kämpft, ist die kommunistische Partei.

In der Sowjetunion allein, wo die Arbeiterklasse herrscht, wo das Proletariat die Staatsmacht erobert und Großindustrie, Großgrundbesitz und Banken in die eigene Hand genommen hat und die Kommunisten regieren, wird der Sozialismus verwirklicht.

13 Jahre hat die Sozialdemokratie Gelegenheit gehabt, den Sozialismus zu schaffen. Sie hat den Kapitalismus gerettet, eine Herrschaft unter dem Deckmantel der „Demokratie“ gekräftigt und seiner Herrschaft in offener faschistischer Form den Weg bereitet. Jetzt dient der Unterstützung des Kapitals die neue SPD.-Demagogie vom „konstruktiven Gegenwartssozialismus“, vom „Umbau der Wirtschaft“, die die Arbeiter nur vom Kampf gegen die Notverordnungen abhalten soll.

Die SPD. ruft in ihrem jetzt erlassenen Manifest der Einheitsfrontaktion den Arbeitern Deutschlands zu: „Wer den Sozialismus will, muß heute gegen die Kapitalisten, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen faschistische Unterdrückung, gegen Notverordnungs Tribute wie gegen Youngtribute kämpfen.“

Dieser Kampf führt zugleich das Proletariat zur Arbeitermacht, zur Arbeiter- und Bauernrepublik, zum Sozialismus.

RUND UM DEN ERDBALL

„Schneller – du Kindvieh“

Als Stahlhelmer im Arbeitsdienst / „Im Schweiß des Angesichts...“

Ich wurde auf vielseitiges Drängen meiner Eltern Stahlhelmmittglied. Mein Vater ist Ortsgruppenführer der 4. Kameradschaft Breslau-Mitte, die Mutter Mitglied des Königin-Luise-Bundes. Meinem Bruder, der sich zur Eisernen Front bekannte, ist das Elternhaus verboten worden; trotzdem er blind ist und die Blindenschule besucht, muß er sich bei fremden Leuten herumschlagen.

Ich trat am 11. September 1932 dem Stahlhelm bei und mußte ein Vierteljahr in der Aufnahme bleiben, ehe ich das Mitgliedsbuch bekam. Am 15. April 1932 wurde ich nun mit 80 Kameraden zur Dienstpflicht abkommandiert, und zwar nach Sachfen, Dorf Köchlich. Dort bezogen wir Quartier auf einem Rittergut bei Oberleutnant Wolde. Unser Quartier war in den ehemaligen Schnitterbuden der polnischen Saisonarbeiter. Wie diese Suben auszuhaben, kann sich nur der vorstellen, der mit solchen Leuten schon zu tun gehabt hat. Es ging nun erst ans Reinemachen, Kalken, Desinfizieren. In Sachen bekamen wir Kommissariat, einen grauen Drillanzug und ein feldgraues Käppi.



Nachmittag dasselbe: Antreten, Gesang und Arbeiten, bis einem das Blut vom Gesicht läuft. Diese Leute scheinen sich sehr an das Bibelwort zu halten: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen.“ Ende der Arbeitszeit 3 Uhr. Aber wer dachte, sich auf die Bärenhaut zu legen, der hatte sich getäuscht. Nun kam der richtige Drill. „Auf! Nieder! Gruppe links schwenkt – rechts schwenkt marsch marsch!“ Zwei Stunden Kleinkaliberschießen mit 98er Modell. Neue Schießstände wurden gebaut, Puppen eingegraben und mit Plakpatronen geschossen. Ausgang hatten wir von 8 bis 10 Uhr abends, Abtritt und Eintritt beim Wachthabenden melden. Wer zu

spät kam, wurde zum Abwaschdienst kommandiert. Das nannte man dann Disziplinarstrafe (Arrest gab es leider nicht). Und diesen Schindertag für 45 Pfennig. Nachdem ich fünf Monate lang diese Legion genossen hatte, zog ich mir die Freiheit vor und desertierte am 15. September 1932. Mit meinen paar Groschen kam ich bis Berlin. Und nun sehe ich hier. Nach Hause darf ich nicht, aber was ich werde, weiß ich bestimmt: Antifaschist!

Rot Front!

Reinhold Matke.

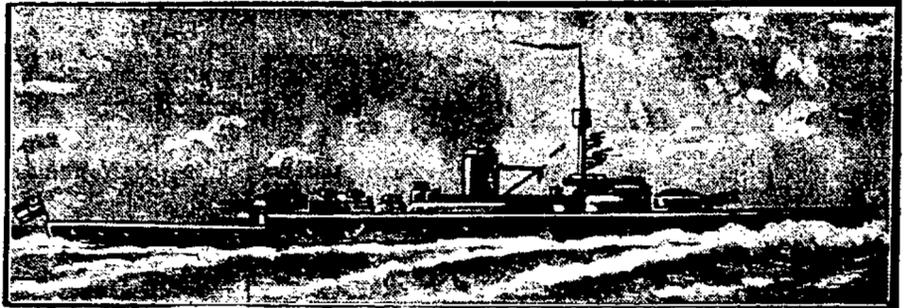


Nun noch ein kleines Erlebnis:

In der Ernte wurden 29 Kameraden und ich zur Erntearbeit abkommandiert zum Rittergutsbesitzer. Und das nach unserer Arbeitszeit. Das 14 Tage lang. Als wir fertig waren, brachte es der Herr Oberleutnant fertig, uns ganze 60 Eier (nicht etwa Mark, sondern Eier!) zu schenken. Als ich darüber vorstellig wurde, bekam ich zur Antwort: „Das ist Kameradschaftsdienst!“

Auf A folgt B und nach B bekanntlich C

Nachdem seinerzeit die sozialdemokratische Regierung Hermann Müller mit dem Bau des Panzerkreuzers A begonnen hatte, sind wir jetzt schon beim Panzerkreuzer C angelangt.



Spiegel der Ereignisse

Was ist das Dritte Reich?

In Brünn findet seit Wochen eine Art Hochverratsprozess gegen eine große Anzahl Naziführer statt. Ihnen wird vorgeworfen, in der Tschechoslowakei für das „Dritte Reich“ gearbeitet zu haben. Nun ist der Prozess so weit fortgeschritten, daß der Verteidiger der Angeklagten, ein bekannter Nazi-Rechtsanwalt Dr. Dembighi, sein Schlußwort hielt. Und da jagte er wörtlich:

„Das Dritte Reich ist ein Begriff, unter dem sich jeder vorstellen könne, was er wolle, ein Begriff, der von der Partei nur aus agitatorischen Gründen geschaffen worden sei. Das Dritte Reich ist so wie der liebe Herrgott, der in der Phantasie eines jeden Menschen anders ausschaut. Der Begriff Drittes Reich stamme gar nicht von Hitler, sondern von Dostojewski. Jeder stelle es sich so vor, wie es ihm am besten paßt.“

Da also haben wir einmal einen richtigen Begriff vom Dritten Reich. Eine Parole zum Bauernfangen, um die Massen zu betören. Aber so harmlos ist das Dritte Reich denn doch nicht. Es ist der Begriff für Arbeitermord, für Lohnabbau und für vollständige Verklavung der Arbeitermassen.

„Doch im Himmel ist mein Hoffen...“

Aus Gerichtsverhandlungen erfährt man manchmal interessante Dinge. In Berlin lebt ein Hellseher namens Hanussen. Das Hellsehen ist anscheinend ein sehr gutes Geschäft, und je mehr die anderen trübe sehen, desto heller florieren die Geschäfte des Hellsehers. Der Hellseher, das ist so ein Beruf, wie ungefähr der Beruf des Führers des „Dritten Reiches“.

Um nun sein Geschäft in die Höhe zu bringen, ist Herr Hanussen dazu geschritten, eine Zeitung herauszugeben. Da, wie gelagt, dieser Beruf dem Hitlers geistesverwandt ist, schloß sich Hanussen auch enger an Hitler an. Hanussen selbst ist kein Redakteur, sondern eben „Hellseher“. Zur Herausgabe einer Zeitung braucht man aber einen Redakteur. Hanussen stellte einen an und eines Tages brachte er ihm nun einen Artikel, der eine Lobeshymne auf Hitler war. Der Redakteur weigerte sich, diesen Artikel zu bringen, verließ die Redaktion und verklagte Hanussen auf die Zahlung einer vierwöchentlichen Kündigungsfrist.

Bei Gericht nun erzählt man Näheres, weswegen der Konflikt ausgedröhen war. Der Redakteur war der irrigen Meinung — der Arme scheint Hitlers Antisemitismus ernst genommen zu haben — daß Hanussen als Jude keine Lobeshymne auf Hitler singen könne. Er mußte offenbar nicht, daß Hanussen in dieser Beziehung kein weißer Kabe ist und daß so mancher Taler aus jüdischer Quelle den direkten Weg zu Hitler bereits gefunden hat. Hanussen erklärte, daß unabhängig von Rasse und Nation die

Sterne am Himmel thronen und daß er nur auf Befehl der Sterne für Hitler die Lobeshymne geschrieben habe. Denn im Himmel befindet sich Hitlers Hoffnung.

In der Tat: Das „Dritte Reich“ ist in Deutschland bereits Wirklichkeit. Notverordnungen und Lohnabbau sind seine sichtbaren und fühlbaren Zeichen. Aber es ist ein „Drittes Reich“ ohne Hitler. Wie heißt es doch bei Schiller so schön: „Doch am Himmel ist mein Hoffen und auf...“ Es heißt zwar anders, aber das macht nichts. Hitlers Hoffnungen sind ausgeträumt, haben bereits ihre Erklärung in den Sternen gefunden.

Umwälzende Entdeckungen über die Urgegeschichte Afriens

Moskau, 19. September. Die Sowjetregierung hat eine Mitteilung von dem Leiter der wissenschaftlichen Expedition, Koslow, erhalten, der zur Erforschung der Wüste Gobi entsandt wurde und der dort die Arbeiten Sven Hedin fortsetzt. Die Mitteilung besagt, daß in der Totenstadt Karakotto bedeutungsvolle Entdeckungen gemacht wurden. Es sind Schriftstücke in einer bisher unbekannt Sprache gefunden worden, die nach der Auffassung des schwedischen Forschers eine Umwälzung in den bisherigen Kenntnissen über die Urgegeschichte Afriens versprechen.

Die Todesfahrt der Fremdenlegionäre

61 Leichen geborgen

Paris, 19. September. Aus den Trümmern des bei Lurene abgestürzten Militärtransportzuges sind bisher 61 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Verletzten wird mit 225 angegeben. 27 Fremdenlegionäre werden noch vermißt.

Auf dem Grunde der Schläucht liegen noch drei Waggons, an die man bis jetzt noch nicht herankommen konnte.

Ein Handwerksbursche verbrannt

Ostrode, 19. September. (Wolf.) In der Scheune eines Gastwirtes in Domkau (Ostpreußen), in der acht Handwerksburschen übernachteten, entstand in der Nacht ein Feuer, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete. Einer der Männer kam in den Flammen um, sechs haben schwere Brandwunden erlitten.

Eine Jugendschriftstellerin als Erpresserin

Warschau, 19. September. Die Verfasserin von Jugendschriften Helene Kisielnicka hatte sich heute vor dem Warschauer Bezirksgericht wegen des Verbrechens der Erpressung zu verantworten. Die Schriftstellerin hatte an verschiedene Warschauer Persönlichkeiten Drohbriefe geschrieben, in denen sie die Auszahlung größerer Beträge forderte, widrigenfalls die Empfänger der Briefe dem Tode geweiht seien. Die Briefe unterzeichnete sie „Baldwin Borj. Company — Verband internationaler Expresser“. Die Angeklagte wurde zu einem Jahr Kerker mit fünfjähriger Bewährungsfrist verurteilt.

Die Gattin mit dem Militärgewehr erschossen

Zusbrud, 19. September. Heute nacht hat in Hötting der 35jährige Mechaniker Kamillo Seppi seine Frau mit einem Militärgewehr erschossen. Seppi hatte mit seiner um zehn Jahre älteren Frau seit längerer Zeit in Unfrieden gelebt. Die Tat hatte er in angeheitertem Zustand begangen.

Mit dem Flugzeug 15 000 Meter hoch geflogen

London, 19. September. Ein neuer Höhenweltrekord für Flugzeuge wurde von dem englischen Kapitän Dumins aufgestellt. Dumins erreichte eine Höhe von nahezu 15000 Meter. Er stieg auf dem Flugplatz Filton auf und schraubte sich in großen Kreisen bis in die Stratosphäre.

Jetzt auch Manöver der Schupo

Auf Anordnung der nationalsozialistischen Regierung von Mecklenburg wurden jetzt im westlichen Mecklenburg ausgedehnte Manöver der Ordnungspolizei — so wird die Schutzpolizei dort genannt — veranstaltet. Unser Bild zeigt eine Maschinen-gewehr-Abteilung der Ordnungspolizei in Stellung. Zum Schutz gegen den Feind haben die Tschakos einen grauen Bezug.

Schweres Brandunglück durch einen Spirituskocher

Mutter und Kinder erleiden Brandwunden

Wien, 19. September. Samstag früh kam im Hause Wolfertstraße 19 die 42jährige Private Leopoldine Klein dem brennenden Spirituskocher zu nahe und stieß ihn um. Der Spirituskocher fiel zu Boden und der brennende Spiritus ergoß sich über den Fußboden. Die Kleider der Frau standen sofort in hellen Flammen. Durch ihre Hilferufe aufmerksam gemacht, eilten ihr 22jähriger Sohn Egon, ein Elektrotechniker, und ihre 23jährige Tochter Valerie der Mutter zu Hilfe. Nach längerem Bemühen und nicht ohne Gefährdung des eigenen Lebens gelang es den beiden, die brennenden Kleider der Mutter und die am Fußboden brennenden Spirituskocher zu löschen.

Frau Klein hatte schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten, auch ihre beiden Kinder hatten sich bei der Rettung schwere Brandwunden an den Armen und Beinen zugezogen. Die Rettungsgesellschaft leistete der Frau und ihren Kindern Hilfe und brachte sie in das Allgemeine Krankenhaus.

Französisches Luftflugzeug im Nebel verunglückt

London, 19. September. In Sandertidead, in der Grafschaft Surrey, lag ein französisches Luftflugzeug beim Notlandungsversuch infolge starken Nebels gegen einen Baum in einem Hotelgarten. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt. Die beiden Insassen trugen schwere Verletzungen davon. Der Flugzeugführer ist bereits im Krankenhaus gestorben. Der Anprall des Flugzeugs war so heftig, daß der Motor herausgeschleudert wurde und auf ein Dreieckhaus fiel. Ein Flügel der Maschine wurde völlig abgerissen. Das Flugzeug war am frühen Morgen in Paris gestartet.



Welche verheerende Wirkung hat ein Giftgas-krieg?

Mit diesen Fragen beschäftigte sich der in Amsterdam festgestellte Antikriegs-Kongress. Besinnungsstunde K. Lachner wird seine Ergebnisse vom Kongress berichten.

Es lebe die Freiheit!

Nach längerer, durch die Sommermonate bedingter Pause führt die Besinnungsorganisation der „Sa“ ihre erste Filmveranstaltung am Sonntag, dem 25. September, vormittags 10.30 Uhr, in der „Stala“, Nikolaistraße 27, durch.

Umrahmt wird das Programm von Rezitationen und Darbietungen von Spielgruppen. Die Eintrittspreise sind wie bisher äußerst niedrig und betragen 55 Pfennig für Arbeitende, 30 Pfennig für Erwerbslose.

„Deutsche Bühne“

Es gibt in Breslau einen neuen Willemer für Literaturabfall, genannt „Deutsche Bühne“, zu deren Einweihung am Donnerstag, dem 15. September, die ganze schokoladenbraune Armee im kleinen Konzertsaal versammelt war.

Seine Braut und sich selbst erschossen

Am Montag nachmittag tötete der 28jährige Max Förster die 19 Jahre alte Hausangestellte Ida Schiewel in einem kleinen Schuhgeschäft in der Messergasse durch einen Schuss in den Kopf und verübte darauf Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Schläfe jagte.

Arbeiter! Angestellte! Mittelständler! Künstler! Intellektuelle!

Wir eröffnen die Diskussion! Nehmt Stellung zu dem Thema: Kulturreaktion, Vereinigte Theater und Volksbühne

Breslau. Die fortschreitende Faschisierung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete macht auch in allen Zweigen der Kunst und Literatur auch vor dem Theater nicht halt.

In einer Zeit, in der das Massenelend aufs höchste gestiegen, in der die Tuberkulose und Seuchenkrankheiten die unterernährten Proleten zu Hunderten in den Tod reißen, in einem Augenblick, in dem die spinale Kinderlähmungsseuche einen Höhepunkt von 1500 Fällen erreicht hat, in einem Moment, wo die Margarinesteuer den Erwerbslosen ihren letzten Besatz „auf trockenen Karo“ nimmt, in dieser Zeit will das werktätige Volk Kampflieder für ein besseres Leben, will vor allem die Wahrheit sehen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte einen eingekleideten Artikel, in dem zu den Fragen der „Volksbühne“ und des Theaters Stellung genommen wurde. Hier hieß es, man solle die Vereinigten Theater meiden.

Blant macht Stimmung für Papen-Notverordnung

Führer des Gesamtverbandes für Lohnabbau — Marfallbelegschaft bekundet ihren Kampfwillen

(Betriebskorrespondenz.)

Breslau. Am 15. September tagte die seitgegründete Belegschaftsversammlung der Marfallarbeiter. Diese Versammlung konnte zwar besser besucht sein, trotzdem bedeutet aber der Besuch von 120 Kollegen ein Erfolg.

Gewerkschaftsführern an der Nase herumgeführt. Kollegen, tragt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe, wir müssen auf den neuen Lohnabbau mit der Waffe des Streiks antworten.

„Die heutige Belegschaftsversammlung der städtischen Marfallverwaltung beschließt den Kampf gegen die Papensche Notverordnung. Sie gelobt, jeden Pfennig Lohnabbau oder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich mit der Waffe des Streiks zu beantworten und jetzt schon ihre ganze Kraft für die Vorbereitung des Streiks einzusetzen.

Blant sprach gegen die Resolution, da dieselbe einen politischen Charakter hat. Man dürfe in einer Belegschaftsversammlung nicht politische Momente herbeizutragen, die gewerkschaftliche Grundlage gefährden könnten.

Unter Punkt 2 kamen die Schikanen und Methoden zur Sprache, welche die Verwaltung anwendet, die jetzt dazu übergeht, die Kollegen wegen Lappalien in der dienstfreien Zeit in die Verwaltung zum Verhör zu bestellen.

Unsere Winterhilfsforderungen

Darüber spricht am Mittwoch, dem 21. September, vormittags 10 Uhr, im „Schließwerder“ in der großen Erwerbslosenversammlung der Führer der Erwerbslosen Deutschlands, Kollege Hans Schröter, MdA., Berlin. — Erwerbslose, heraus zur Offensive gegen die weitere Verelendung! Erwerbslosenausdruck Groß-Breslau.

Monistische Gemeinde, Breslau, e. B. Am Mittwoch, dem 21. September, um 20 Uhr, findet im Saale Grünstraße 11/16 ein Vortrag abend der Monistischen Jugend statt, mit dem Thema: „B. Traven: Die Wahrheit über Mexiko.“

Mitglieder nur 10 Pfennig. Wir bitten durch Besuch um Unterstützung dieser Veranstaltung.

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau veranstaltet Anfang November Vorträge in der Winterhilfssprache Esperanto in verschiedenen Teilen des Stadtgebiets. Die Teilnahmegebühr soll einschließlich Lehrbuch für Erwerbslose 2 Mark, für Beschäftigte 3 Mark betragen.

Ausstellung „Gesunde Frau — Gesundes Volk“. Der Besuch der Ausstellung am letzten Sonntag war wiederum außerordentlich stark. Von den vielen Tausenden, die sich in den Gängen hielten, werden leider viele des großen Andranges wegen nicht auf ihre Rechnung gekommen sein.

Arbeitsbeschaffung, Sozialisierung billige Phrasen für SPD- und ADGB-Führer

Aus Raumgründen können wir erst heute verspätet diesen Bericht erscheinen lassen. Die Red.

Brieg. Die Erwerbslosenversammlung, die vorige Woche vom freigewerkschaftlichen Erwerbslosenausdruck einberufen war und die einen sehr geringen Besuch aufzuweisen hat, zeigte wieder einmal mit aller Deutlichkeit die Demagogie, mit welcher die ADGB-Führer haufieren gehen.

Im Schlußwort ergoß sich Herxichneider in gemeinen Behauptungen und Verleumdungen. So soll nach seiner Meinung der Genosse Heinz Neumann als Wanderredner für die Nazis in Württemberg tätig gewesen sein.

Nehmt Stellung in allen Versammlungen zu eurer miserablen wirtschaftlichen Lage, entlarvt die reformistischen ADGB-Führer und wählt euch eine revolutionäre Führung, unter deren Leitung ihr den Kampf gegen Notverordnungsdictatur, Hunger, Krieg und Faschismus organisiert!

Brieg. Ein treuer Diener der Kommune ist zweifellos der SPD-Tischler Sangkohl, seines Amtes städtischer Stadions-Verwalter. Dessen Frau glaubt mit den Arbeiterportieren verfahren zu können, wie es ihr beliebt, und die von denselben behauptet, sie besäßen keine Disziplin.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowski in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Feudrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callas in Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Teichstraße 22.

werden überall in der Öffentlichkeit schärfsten Protest gegen die Vertilgung des Theaters erheben mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Sie werden aber auch den bürgerlichen, verkappten Führern, den Barnay und Eggers, die entscheidendste Opposition der revolutionären Kräfte innerhalb der Theaterbesucherschaft der Volksbühne entgegenzusetzen.

Die Vereinigten Theater haben der „Arbeiter-Zeitung“ die Pressefakten zum Besuch der Vereinigten Theater entgegen, weil die scharfe Kritik der „Arbeiter-Zeitung“ an der Spielgestaltung den Herren nicht paßte. So will man dem Organ der revolutionären Arbeiter die Möglichkeit der Bewertung der gezeigten Dramen nehmen.

Nun fordern wir euch auf, eine breite Diskussion zu entfachen und den Kulturkampf in die breite Öffentlichkeit zu tragen. Die „Arbeiter-Zeitung“ stellt sich mit euch in den Dienst des Kampfes gegen die Kulturreaktion. Laufend werden wir eure Einsendungen zu diesem Thema veröffentlichen. Kämpfer gegen Kulturreaktion und Faschismus, ihr habt weiter das Wort!



Milch und Obst können jene laben, Die das Geld zum Kaufen haben. Dein Kind hat keines — Hunger tut weh, Drum kämpfe mit in der IKW. vom 2. bis 9. Oktober.

Waldenburg

So kurbelt Papen die Wirtschaft an

Sämtlichen Kreisstraßenarbeitern gekündigt!

Waldenburg. Die Straßen des Kreises Waldenburg haben es dringend notwendig, besser in Ordnung gebracht zu werden. Um das zu erreichen, ist man jetzt dazu übergegangen, sämtlichen Kreisstraßenarbeitern ab 1. Oktober die Kündigung zuzustellen!

So alle will man die Wirtschaft ankurbeln und Arbeit beschaffen! Wir haben sofort nach Verflüchtigung der letzten Papen-Notverordnung erklärt, daß dieser trotz des ungeheuren Lohnabbaus nicht in der Lage ist, für die Millionen Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen. Jetzt müssen wir sogar feststellen, daß immer neue Entlassungen erfolgen. So wird das ungeheure Massenelend nicht nur durch brutale Lohnraub, sondern auch durch neue Entlassungen vermehrt.

Hier muß die Arbeiterklasse selbst ein Machtwort sprechen. Das kann nur außerhalb des Parlaments erfolgen. Aufgabe der Kollegen vom Straßenbau ist es, sofort gemeinsam gegen die beschlossenen Entlassungen Stellung zu nehmen und Kampfbeschlüsse zu fassen.

Zu diesem Zweck findet heute abend, um 19 Uhr, in Waldenburg, im „Goldenen Stern“, eine Versammlung sämtlicher Straßenarbeiter des Kreises Waldenburg statt.

Wir stoßen vor!

Oberwaldenburg. Am 16. September sprach im Gasthaus „Zepter“ Genosse Becker, Dittersbach, über das Thema: „Papen-Regierung geführt — Der Reichstag aufgelöst — Der Kampf für die Arbeiter- und Bauernrepublik.“ Er zeigte die Vorgänge im Reichstage auf. Die Nazis und Sozialdemokraten treiben Ablenkungs- und Verwirrungsmethoden. Als Severing abgesetzt wurde, rief die SPD. den Staatsgerichtshof an, jetzt machen daselbe die Nazis. Der Volksentscheid der SPD. soll dazu dienen, die Arbeiterklasse vom Abnehmekampf gegen die Notverordnungen abzuhalten. Weiter beleuchtete Genosse Becker ausführlich die Papen-Notverordnungen und die Maßnahmen der Gemeinden gegen die Mieter.

Nur der Antifaschistischen Aktion wird es im außerparlamentarischen Kampfe möglich sein, der weiteren Verelendung der Arbeiter-



klassen zu gebieten und durch Beseitigung des kapitalistischen Zwangs den Aufstieg der Arbeiterklasse zum Sozialismus zu sichern. In substantiellem Sinne sprechen ein Vertreter der Mieter und ein Gemeindevorsteher.

Redaktionen und Verfassungen wurden umgekehrt. Eine erstreckte Anzahl Arbeiter meldete sich zum Roten Massenstreik. Folgende Resolution wurde von der gutbesuchten Versammlung einstimmig angenommen:

„Die am 16. September 1932 im „Zepter“ in Oberwaldenburg stattfindende öffentliche Versammlung begrüßt das Vorgehen der kommunistischen Reichstagsfraktion anlässlich der Reichstagsagung am 12. September 1932 und gelobt, in Antifaschistischer Aktion der Vertriebe, Stempelstellen und in den Wohngebieten den Beschluß des Reichstages im außerparlamentarischen Kampfe zur Durchführung zu bringen. Die Versammlung lehnt das sozialdemokratische Betrugs- und Verschleppungsmanöver des Volksentscheids über die Durchführung der Notverordnung ab. Kein „Kampf gegen drei Fronten“, kein „Kampf gegen Kommunisten“, sondern rote Einheitsfront im Kampfe gegen Notverordnungen und faschistische Hungerdiktatur, für die Diktatur des Proletariats sei die Kampfarole des geeinigten Proletariats.“

„Der getretene Hund heult“

Nach diesem Sprichwort hat die Redaktion der sozialdemokratischen „Bergwacht“ gehandelt. Als sie in ihrer Nummer vom Sonnabend über eine Spalte unserer Sonderseite aus der Fuchsgrubewidmete. Man merkt es den Zeilen der „Bergwacht“, die ein wirres Durcheinander darstellen, an, daß unser Schlag, den die Kumpels aus dem Häut führen, gelassen hat. Ja, das würde ihnen so passen, mit einer Handbewegung ihre ganze Verantwortung an dem Elendsleben der Bergarbeiter loszuwerden und den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. So leicht wird ihnen das nicht gelingen! Die Kumpels sind nicht so gedankenlos, wie die Redakteure der „Bergwacht“ und die Bürokratie des BVB. glauben macht. Sie haben die letzten Jahre nicht vergessen! So viel für heute. Wir werden am Freitag auf die Schreibereien der „Bergwacht“ eine ausführliche Erwiderung bringen. Kumpels, hütet euch heute schon die Freitag-Nummer der „Arbeiter-Zeitung“.

Ermittlung einer Arbeiterfamilie verhindert

(Arbeiterkorrespondenz.)

Ströbel. Durch die jahrelange Erwerbslosigkeit ist es einem großen Teil der Mieter in den Gemeindehäusern nicht mehr möglich, die Miete voll zu bezahlen. Aus diesem Grunde wurde versucht, die Familie des Genossen Steiner zu ermitteln. Von den 14.70 Mark Unterzahlung, die der Genosse für sich und seine fünfköpfige Familie erhält, sollen monatlich 23.50 Mark Miete bezahlt werden. Eine der zwei Stuben sollte geräumt werden, jedoch die fünfköpfige Familie nur noch die Küche und eine Stube zu ihrer Verfügung hätte. Die Ermittlung sollte am 8. September stattfinden. Trotzdem die Polizeibeamten und der Gerichtsvollzieher beständig mahnten, daß es unmöglich ist, alle Möbel in einem Raum unterzubringen, bestand der sozialfaschistische Amts- und Gemeindevorsteher Stubel auf Räumung der Wohnung. Zur Durchführung derselben hatte sich Stubel bei einem Schönen Bergneis, den Nachbarn

und einen Jugendlichen mitgebracht. Den beiden letzteren wurde nicht gesagt, um was es sich handelt. An Ort und Stelle angekommen, weigerten sie sich, die Ermittlung durchzuführen. Unter Gelächter der zahlreich erschienenen Arbeiter mußte Stubel ohne Ergebnis wieder abziehen. Der Grund, warum der Sozialfaschist Stubel dem Genossen Steiner eine Stube wegnehmen will, ist offensichtlich. Es scheint ihm nicht zu passen, daß ein großer Teil der Arbeiterklasse sich bei dem Genossen Steiner Rat und Hilfe holt.

Die Arbeiterklasse von Ströbel erkennt an dieser neuen Tat des SPD.-Gemeindevorstehers noch besser den Sozialfaschisten! Ermittlungen sind immer, von wem sie auch befohlen werden, faschistische Taten. Die Arbeiterklasse wird auch fernerhin wachsam sein und nicht dulden, daß Arbeiterfamilien durch Ermittlungen wohnungslos werden!

Karl Kautsky im Jahre 1909 über die heutige SPD.-Gemeindepolitik:

„Sie können das Proletariat nur verwirren und spalten“

Waldenburg. Am 16. September hielt die SPD. eine Versammlung im „Eisstein“ ab. In dieser Versammlung versuchten der Oberbürgermeister Schubert und die Stadtverordneten Klambt, Schubert und Mähle nachzuweisen, daß ihre Haltung bezüglich des Waldenburger Postes in jeder Beziehung einwandfrei wäre. Klambt machte in dieser Versammlung Ausführungen, die zum Teil große Verlegenheit zeigten, zum Teil aber eher einer Selbstanklage als einer Verteidigung ähnelten. Oberbürgermeister Schubert stellte wortentbrannt fest, daß er es besser als seine bürgerlichen Vorgänger verstanden habe, die Firzen: Le-Stadt zu sanieren und durch größte Sparbarkeit das verlorene Vertrauen zur Stadt Waldenburg wiederherzustellen. Letzteres können wir nicht bestreiten, wir müssen nur ergänzend hinzufügen, daß

diese Wiederherstellung des „Vertrauens“ und die „Sparbarkeit“ auf Kosten der Erwerbslosen, der Unterstützungsempfänger und der Steuerzahler erfolgte.

Genosse Malzer sprach in der Diskussion. Er kennzeichnete an einigen Vorkommnissen die Naziverammlung vom vorigen Sonnabend. Starke Erregung flutete durch die Versammlung, als Genosse M. berichtete, daß der Naziredner die Genossen Klara Jettin zu beleidigen versuchte, indem er sagte: „Man hätte sie im Reichstag vom Präsidentensstuhl weggetragen, wie den letzten Stuhlgang des sterbenden Rarismus“. Große Heiterkeit gab es, als Genosse M. an Hand von einigen Beispielen nachwies, daß die Kämpfer gegen die Korruption selbst bis zum Hals im Sumpfe der Unterschlagung und Korruption stüben. Ferner führte er aus, daß die SPD. ein vorkriegsartiges Maß von Schuld an der Waldenburger-Post-Affäre habe. Es sei gar nicht nötig, hier unwahre oder nicht nachweisbare Dinge zu behaupten. Die SPD.-Fraktion habe seinerzeit den Antrag der SPD.-Fraktion, die 300 000 Mark zum Bau von Arbeiterwohnungen zu verwenden, abgelehnt. Sie hat mit den Bürgerlichen beschloffen, trotz des Mangels an Arbeiterwohnungen, ein Hotel zu bauen. Sie hat weiterhin die Anträge der SPD.-Fraktion, die den Stadtbaurat Rogge und den Oberbürgermeister Wiehner als die Hauptschuldigen an der ganzen Schweinerei zur Rechenschaft ziehen wollte, abgelehnt, und damit den übrigen Geldverschwendern einen Freibrief ausgestellt. Genosse M. zeigte dann an Hand der politischen Entwicklung in Deutschland auf, wie es unmöglich sei, durch das Hineingehen in den bürgerlich-kapitalistischen Staatsschapparat etwas an den bestehenden Verhältnissen zu ändern. Die Schubert, Wende, Severing können nur Maßnahmen durchführen, die im Interesse der bestehenden Klasse liegen, und solche, die sich gegen die werktätige Bevölkerung richten. Genosse M. wies nach, wie recht Karl Kautsky hatte, als er 1909 schrieb:

„Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalition-

regierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr besten Mißachtung einbringen und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Blockbrüder eingeeignet bleiben und an jeder entsprechenden Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen — dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.“

Weiter erklärte Genosse Malzer, daß es jetzt gelte, den Kampf aufzunehmen gegen die Ausplünderung der Proletarier durch die Papen-Notverordnung und gegen den Faschismus. Dieser Kampf kann nicht auf die Weise geführt werden, wie das die Sozialdemokratische Partei tut, daß sie einerseits in der Presse zwar protestiert gegen die Verelendung und Unterdrückung, daß sie aber andererseits die Proleten, die nicht widerstandslos verhungern wollen und protestierend auf die Straße gehen, von ihren Genossen Wende, Schubert, Severing usw., die die Machtmittel des bürgerlich-kapitalistischen Staates dirigieren, niederzuschlagen läßt. Das Proletariat kann sich nur auf sich selbst und auf die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel verlassen. Wenn es einig und geschlossen den Kampf aufnimmt, so kann ihm kein Faschismus widerstehen und die kapitalistische Wirtschaft, die so viel Elend und Not über das werktätige Volk verhängt, wird in kürzester Frist kassiert sein. Die Ausführungen des Genossen Malzer quittierte der größte Teil der Versammlung mit großem Beifall, ein Zeichen dafür, wie weit bei den sozialdemokratischen Arbeitern die Wichtigkeit der kommunistischen Politik Wurzel geschlagen hat.

Auf die Ausführungen des Genossen Malzer, der die SPD.-Führer im Reich, Staat und Gemeinde für die bestehenden Verhältnisse verantwortlich machte, gingen die Klambt, Zappe und Schubert gar nicht ein. Der Stimmung entsprechend erklärten sie heuchlerisch, daß sie „ebenfalls für die Einheitsfront“ wären.

Die „Bergwacht“ bringt einen Bericht zu dieser Versammlung, der den Eindruck erwecken soll, als ob Genosse M. sich schüchtern vor die SPD.-Fraktion gestellt und deren Politik gebilligt hätte. Die SPD.-Arbeiter, die in dieser Versammlung waren, können daraus ersehen, wie die „Bergwacht“-Redakteure aus Schwarz Weiß zu machen versuchen. Die SPD.-Fraktion im Stadtparlament hat noch nie einen Antrag eingebracht, der im Interesse der Arbeiter gelegen hätte, die SPD.-Fraktion konnte daher niemals in die Verlegenheit kommen, gegen solche Anträge zu stimmen. Wahr ist, daß sie jeden Antrag der SPD.-Fraktion, der im Interesse der Werktätigen lag, im trauten Verein mit den Bürgerlichen und den Nazis niederschlugen bzw. gar nicht erst auf die Tagesordnung kommen ließ.

Werktätige Mieter von Hohenfriedeberg fordern:

Befreiung von der Hauszinssteuer oder — Streit!

Hohenfriedeberg. Auf Grund der Notverordnung vom 8. Juni 1932 sind den werktätigen Mietern von Hohenfriedeberg vom Magistrat „Mietbeihilfen“ gewährt worden, die jeder Beschreibung spotten. In diesen Maßnahmen haben die Mieter sofort Stellung genommen und nachfolgendes Protestschreiben an den Magistrat beschlossen:

Hohenfriedeberg, 10. September 1932.
An den Magistrat!

Unterszeichnete Mieter haben in den letzten Tagen von den Maßnahmen des Magistrats betreffs Mietbeihilfen Kenntnis genommen. Wir stellen hierzu fest, daß auf der einen Seite Mietbeihilfen unzureichend gewährt, und auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Anträgen überhaupt abgelehnt werden. Diese Maßnahmen des Magistrats sind die höchstleuchtendste Ungerechtigkeit. Diese Maßnahmen sind zu gleicher Zeit ein brutaler Angriff auf unsere ohnehin schon verelendete Lebenshaltung. Der Schriftlich der Wohnungsbeihilfe bedeutet für uns die blutigste Verhöhnung. Gegen diese Maßnahmen des Magistrats erheben wir schärfsten Protest. Wir sind nicht gewillt, durch die erhöhte Miete unsere Familien noch größerer Verelendung preiszugeben. Wir fühlen uns deshalb gezwungen, konkrete Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Wir erklären, in den Mieterstreit zu treten, wenn uns nicht innerhalb einer Woche völlige Befreiung von der Hauszinssteuer zugesichert wird.

Außerdem stellen wir fest, daß ein großer Teil der langjährigen Erwerbslosen, infolge großer wirtschaftlicher Not, nicht mehr instand sind, die Miete aufzubringen. In solchen Fällen fordern wir, Zwangsmaßnahmen zu verbieten. Wir erklären aufs feierlichste, für unsere Forderungen außerparlamentarische Kampfe- und Abwehrmaßnahmen zu treffen.

Dieses Schreiben wurde von 90 Prozent aller Mieter von Hohenfriedeberg unterschrieben. Allein die Nazis verhielten sich passiv. Sie erklärten, erst eine Antwort von der Parteileitung der NSDAP. abwarten zu müssen. Bekanntlich wurde den Nazi-Ortsgruppen jede selbständige Handlung verboten. Nur was den Kapitalisten von Führern der NSDAP. genehm ist, darf gemacht werden.

Die werktätigen Aktionäre müssen daran erkennen, daß sie einer Partei des größten Betrugs zum Opfer gefallen sind. Nur im revolutionären Kampfe, nur außerhalb des Parlaments kann die große Not abgewehrt und Arbeit, Brot und Freiheit erkämpft werden. Nach

diesem Grundsatze werden die werktätigen Mieter genau so wie jene von Nieder-Spermsdorf handeln!

Das Auge des Gesetzes

Sagan. Vor einiger Zeit erhielt der Produkthändler Schlesinger in der Ederstraße Besuch von der hohen Polizei. Der Mann mag nicht schlecht erlaubt gewesen sein, als er den Grund zu dieser Ehre erfuhr. Man machte ihm klar, daß des hiesigen patrouillierende Polizeibeamte spät nachts Licht in einem seiner Keller beobachtet hätten. Außerdem wollten sie ein Geräusch und Getatter vernommen haben, als wenn an Maschinen gearbeitet würde. Man frag Schlesinger nach seinen Mietern aus, da man vermutete, daß in seinem Keller eine kommunistische Geheimdruckerei betrieben würde. Schlesinger, der keine Mieter kennt, konnte die als verdächtig Erscheinenden nur als harmlose und unparteiische Leute bezeichnen. Wir verlernen den Eifer der Saganer Polizei nicht im geringsten, da er sich im besonderen ja immer nur gegen „linztrabitaler Elemente“ richtet. Was schadet es, wenn man auch mal daneben haut. Aber wie war es denn, wenn man sich den Nazi Pölkert, der im gleichen Hause wohnt, einmal vornehmen würde? Vielleicht hat der aus einem der Keller eine Fabrikationswerkstätte für Handgranaten, Stinkbomben usw. gemacht. Kann man's wissen? Es müssen es doch nicht immer gerade die „höflichen Kommunisten“ sein. Oder wie wäre es, wenn man mal das St.-Heim ein wenig unter die Lupe nähme? Man munkelt da so allerhand von Unterricht am leichten Maschinen-gewehr und Infanteriegewehr, Modell 08.

Was wir Kommunisten der Öffentlichkeit zu sagen haben, braucht das Tageslicht nicht zu scheuen, denn das Programm der SPD. ist rein und sauber und im Interesse der Unterdrückten und Notleidenden gehalten.

Es wird gesparrt, aber — nur bei den Armen!

(Arbeiterinnenkorrespondenz.)

Kauscha. Die Sparmaßnahmen, die von der Papen-Regierung so großzügig angekündigt wurden, werden nur auf Kosten der Armen durchgeführt. Eine Kriegswitwe mußte das an sich selbst erleben. Die Kriegswitwe E. M., welche einen hiesigen Arzt wegen einer Augenkrankung aufsuchen mußte, wurde wegen dieser Erkrankung zum Spezialarzt nach Görlitz überwiesen. Der Gemeindevorsteher Herr Rauch der Gemeinde Steinkirchen, in welcher die Witwe wohnt, lehnte die Überweisung zum Spezialarzt mit folgender Begründung ab: „Auf Grund der letzten Notverordnung müssen wir sparen.“ Er verlangte, entgegen der Anweisung des hiesigen Arztes, von der Kriegswitwe, sie möchte sich einer Untersuchung beim Kreisarzt unterziehen, welcher feststellen soll, ob eine spezialärztliche Behandlung notwendig ist. Als nun Frau M. notgedrungen beim Kreisarzt Dr. Sauerzweig in Görlitz zur Untersuchung erschien, mußte sie feststellen, daß die Untersuchung des Kreisarztes alles andere war als eine fachärztliche Untersuchung. Nachdem schrieb Dr. Sauerzweig eine einmalige Untersuchung beim Spezialarzt aus. Als Frau M. sagte, es könne mit einer einmaligen Untersuchung beim Spezialarzt nicht abgetan sein, da sie dieser Kreisarzt Dr. Sauerzweig mit erhobener Stimme: „Wir müssen sparen, sparen und noch mal sparen!“

Nach Befund des Spezialarztes Dr. Hässlinger ist es eine schwere Augenkrankheit, welche eine längere Behandlung erfordert. Aus diesem Tatsachenbericht ist ganz klar zu erkennen, wie und bei wem die Sparnotverordnung angewandt wird, nämlich nur bei den ausgebeuteten Proleten. Auf der einen Seite wirft man den Großagrariern und Kapitalisten Milliarden in den Rücken, auf der anderen Seite versucht man das sterbende kapitalistische System auf Kosten der Werktätigen zu retten. Deshalb jede Arbeiterin und jeder Arbeiter: Her zur Antifaschistischen Aktion!